

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Rotonset-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Zirne Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508,
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Bruch-Strasse 2. Sonnabend, den 3. Juni 1899. Expedition: SW. 19, Bruch-Strasse 3.

Vom nationalen Zuchthaus.

„Wir marschieren an der Spitze der Civilisation.“

„Wir sind allen übrigen Völkern voran auf dem Gebiete der Socialreform“ —

Das sind die zwei stolzen Worte, die von berufenen und unberufenen Vertretern des seiner Bescheidenheit sich rühmenden deutschen Volkes in den letzten Jahrzehnten bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ausgesprochen worden sind, und die unseren Patrioten als unantastbares Evangelium gelten.

Wohlan — wir zählen heute 1899 — wir stehen am Ende des neunzehnten Jahrhunderts und die berufenen und unberufenen Vertreter des Deutschen Reiches, welches ein so feines Volk mit dem deutschen Volk, verlangen von uns, daß wir mit einem Zuchthausgesetz über die Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts schreiten und die Ausübung des Rechts, welches die Grundlage und Krone aller Socialreform ist, mit Gefängnis und Zuchthaus bestrafen sollen! Noch einmal: wir zählen heute 1899.

1899.
Ähnliches ist schon gewesen. Die Weltgeschichte wiederholt sich manchmal — freilich nur äußerlich, denn die Wiederholung folgt zu der alten Form stets einen neuen Inhalt hinzu, der eine spätere Wiederholung in gleicher Form unmöglich macht.

Also heut zählen wir 1899 und leben im Deutschen Reich, das alles so herrlich erfüllt hat, was die größten und edelsten der deutschen Dichter, Denker und Vaterlandsfreunde erstrebt.

Springen wir hundert Jahre zurück — genau hundert Jahre.

Es ist 1799 — und in England, dem herzlosen, eigensüchtigen, kalt berechnenden England, auf das unsere deutschen Patrioten und Socialreformer so hochförmig herabschauen. Damals freilich waren die Vorwürfe nicht unbedeutend. Aber es war vor hundert Jahren — 1799! Der junge Kapitalismus, welcher mit Hilfe der Maschine und des Königs Dampf die alte Kleinbürgerliche Gesellschafts- und Arbeitsordnung umgestürzt hatte, wollte sich um jeden Preis bereichern, und da nur die Arbeit Reichtum schafft und das Kapital nur durch die Ausbeutung fremder Arbeit bestehen kann, so verlangte der junge, heißhungrige Kapitalismus immer mehr Arbeit! Längere Arbeitszeit! Und mehr Arbeiter! Außer der Männerarbeit auch Frauen- und Kinderarbeit. Und der Arbeiter mit Leib und Seele dem Kapitalisten zu eigen!

Die Arbeiter widersetzten sich. Sie hatten ihre Trades Unions, hervorgegangen aus den mittelalterlichen Gesellenzünften, und mit diesen Organisationen bekämpften sie die Frauen- und Kinderarbeit, bekämpften sie die Ausdehnung der Arbeitszeit von 8 auf 12, 14, 18 und mehr Stunden. Die Arbeiterorganisationen erwiesen sich dem Kapitalismus zu stark — der Staat, die Gesetzgebung mußte helfen. Der Moment war günstig. Der siegreiche Weltkrieg gegen die französische Revolution hatte das konservative Land-Magnaten-tum zur Herrschaft gebracht und der englischen Industrie und dem englischen Handel das Monopol des Weltmarktes gesichert. Dem englischen Kapitalismus stand die ganze Welt zur Ausbeutung offen — und auf dieser Ausbeutung beruhte die wirtschaftliche Prosperität Englands. So ging das englische Nationalinteresse mit der Ausdehnung des Kapitalismus, das Interesse des Bürgertums mit dem Interesse der konservativen Landlords Hand in Hand.

Rur die Arbeiter waren im Wege. Die Arbeiter, die nicht Sklaven, die Menschen sein und dem Arbeitgeber nur ihre Arbeitskraft und nur für bestimmte Zeit, nicht ihr ganzes Wesen und Ich verkaufen wollten — die Arbeiter und ihr Koalitionsrecht: die mittels des Koalitionsrechts organisierten Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften und das Koalitionsrecht mußten „erschmettert“ werden.

Das Parlament, von den kapitalistischen Ausbeutern gedrängt, beschloß die Anti-Combination-Laws — welches der englische Name ist für Zuchthausgesetz. Das Koalitionsrecht, welches ein „natürliches Recht der Arbeiter“ ist, — so lautete damals die Formel — soll den Arbeitern nicht geraubt werden — beliebt nicht! Bloß dem „Mißbrauch soll gesteuert werden!“ Wer in die Freiheit eines anderen Arbeiters eingreift, einen Arbeitswilligen irgend in seiner Arbeitswilligkeit irre machen will — und wer zu einem Streik anreizt, kommt ins Zuchthaus — Verzeihung, ins Gefängnis „mit harter Arbeit“, was ungefähr das nämliche ist wie unser deutsches Zuchthaus.

Das Gesetz wurde beschlossen im Jahre 1799 — vor jetzt hundert Jahren.

Die englischen Arbeiter nahmen den Kampf auf. Sie ließen sich durch das Gesetz nicht hindern, ihr Naturrecht und ihr Menschenrecht zu verteidigen. Der Kampf dauerte ein Vierteljahrhundert — bis zum Jahr 1824. „Menschenopfer unerhört“. Tausende von ehrlichen Arbeitern waren dem Zuchthaus verfallen, tausende und zehntausende von Familien und Existenzen zerstört. Aber die Arbeiter, gestützt auf ihr gutes Recht, trotzten allen Verfolgungen und — England war am Rande des Untergangs. Der

„unblutige Bürgerkrieg“ fraß die besten Säfte der Nation auf, und die Staatsmänner sahen ein, daß es so nicht weiter gehen könne. Im Jahre 1824 beantragte die Regierung die Aufhebung des Zuchthausgesetzes. Anfangs 1825 wurde auch wirklich mit großer Mehrheit die Aufhebung beschlossen, und durch diesen Beschluß, wie der alte Josef Hume, der Freund Robert Owens' sich ausdrückte, das „größte Verbrechen und die größte Thorheit des Jahrhunderts“ so gut es ging, aus der Welt geschafft.

Doch der Kapitalismus nahm seine Niederlage nicht ruhig hin. Er bemächtigte sich der Richterbank, und suchte noch jahrzehntelang durch alle möglichen Kniffe und Wiffe, die advocatlicher Jesuitismus erfinden kann, das Koalitionsrecht hinterwärts zu erdrücken. Allein der gesunde Sinn der englischen Nation bäumte sich auf gegen diese „verbrecherische Thorheit“, und seit nunmehr 33 Jahren — 1866 — ist das Koalitionsrecht der englischen Arbeiter sicher gestellt.

Das in England, auf das unsere Patrioten so mitleidig herabschauen.

Und was in diesem England vor jetzt 100 Jahren geschehen ist, das geschieht jetzt, am Ende des 19. Jahrhunderts, in unserem Deutschland. Die einfache Nebeneinanderstellung der zwei Thatfachen ist die tödlichste, die zermalmendste Kritik.

Kein Gerede davon, die deutsche Zuchthausvorlage von anno domini 1899 sei etwas anderes als die englische Zuchthausvorlage von anno domini 1799! Sie sind beide von demselben Stoff, haben beide dasselbe Ziel und haben beide dieselben Urheber. Nur verschiedene Titel und Namen. Statt Zuchthaus heißt's dort: „hard labour“, statt „Gesetz zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ wird gesagt: „Bill against the Combinations of Workmen for unlawful purposes“ — und die Stumme von England nannten sich Smith, Jones und wie sonst noch.

Hiervon abgesehen völlige Gleichheit.

Da hilft kein Wenden und Drehen: um hundert Jahre hinter England zurück!

Ueber die Zuchthausvorlage, die dem Reichstage nun vorliegt, ist wenig zu sagen. Als der deutsche Kaiser im September des vorigen Jahres ankündigte: „Das Zuchthaus für den, welcher zum Streik anreizt“ da wußte jeder, daß die Reichsregierung wenigstens versuchen würde, das angekündigte Zuchthausgesetz „durchzubrüden“. War es doch im Geiste des famosen „vertraulichen“ Posadowsky-Erlasses, den der „Vorwärts“ im Winter 1897 ans Licht der Öffentlichkeit gezogen. Der Wind aus Neunkirchen wehte kräftiger. Auch die Thronrede bei Beginn der laufenden Reichstagsession sprach von dem Zuchthausgesetz.

Aber das Zuchthausgesetz kam nicht und kam nicht. Monat um Monat verrann, kein Zuchthausgesetz. Herr v. Posadowsky sah sichtlich auf Kohlen, oder richtiger zwischen den zwei Stühlen des Zuchthausstufes und platonischer Socialreform. Und „König Stumm“, der Vater des Zuchthausgesetzes, das nicht kommen wollte, erlebte im Reichstag böse Stunden. Von den Socialdemokraten geschunden, von den Liberalen verhöhnt, wurde er von seinem Zwillingbruder im Kapitalismus, Hehl, preisgegeben und verleugnet. Nie hat ein Parlamentsmitglied so unbarbarzig Spießruten laufen müssen und ist so grausam — abgeführt worden, wie der Vater des Zuchthausgesetzes. Und nie ist ein Gesetz so rückhaltlos, so uneingeschränkt verurteilt worden, wie das ungeborene Zuchthausgesetz!

Aber warum kam es nicht? Der Kaiser hatte es angekündigt. Die Regierung konnte doch nicht umhin, das Wort des Kaisers einzulösen. Warum kam das Zuchthausgesetz nicht?

Kein Zweifel — in der Regierung stieß es auf Opposition. Ein Zuchthausgesetz gegen das Koalitionsrecht anno domini 1899 — das ist nichts Leichtes, wenn man Kulturstaat sein und in der Welt eine Rolle spielen will.

Genug, das Zuchthausgesetz kam nicht. Und Optimisten bildeten sich schon ein, die bessere Einsicht habe gestiegt, und das Zuchthausgesetz sei in den Urkas gewandert.

Es gehörte viel Optimismus dazu — ein wunderbares Vertrauen in die „Staatsmänner“, welche die deutsche Regierung bilden, und in das deutsche Regierungssystem und Regiment. Aber gewisse Leute werden nicht alle. Und so schrieb noch vorgestern ein fortschrittliches Blatt: das Ausbleiben der Zuchthausvorlage sei eine persönliche Niederlage des Kaisers.

Und gestern war die Zuchthausvorlage da. Für alle Parteien eine Ueberraschung — außer für die Socialdemokratie, die ihre Feinde kennt. Für alle Parteien eine Verlegenheit, außer für die Socialdemokratie, der die Zuchthausvorlage alle noch nicht zur Erkenntnis gelangten Arbeiter Deutschlands unter die rote Fahne führt.

Ein Verlegenheits-Produkt diese Zuchthausvorlage. Heimlich, unter Beobachtung der komischsten Vorsichtsmaßregeln wurde die Zuchthausvorlage ausgearbeitet. So verfährt man nicht mit einem Werk, auf das man stolz ist.

Und da faßelt die „Kreuz-Zeitung“, wir seien durch die Zuchthausvorlage „unangenehm überrascht“ worden, denn die Zuchthausvorlage sei gar keine Zuchthausvorlage, sondern eine recht vernünftige und humane Gefängnisvorlage, gegen die wir selbst zu fond nichts einwenden könnten. Man veräone uns mit solchen Kindereien — die Sache und die Zeit sind zu ernst. Die Zuchthausvorlage ist die Zuchthaus-

vorlage — nicht schlechter und nicht besser als wir erwarteten. Wir wundern uns nicht — bei der Rückständigkeit unseres Verfassungswesens, war die Zuchthausvorlage nur die logische und natürliche Konsequenz der politischen Lage und der Verhältnisse des Preussisch-Deutschen Reiches.

Das Zuchthausgesetz wird fallen; und die Socialdemokratie, deren Ausrottung es bezweckt, wird aus ihm ein Arsenal voll wichtiger Waffen gegen die Feinde der Freiheit und der Arbeiterklasse sich schmieden.

Die Feinde haben wieder einmal für uns gearbeitet. Nieder mit der Zuchthausvorlage!

Die „Köln. Volkszeitung“ will, wie telegraphisch gemeldet wird, zuverlässig aus Berlin erfahren, die Regierung bestrebe auf der ersten Lesung des „Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen“ noch vor der Vertagung des Reichstages.

Preßstimmen über die Zuchthausvorlage.

Zustimmung seitens der konservativen, Ablehnung seitens der linksfreisinnigen Presse war zu erwarten. Für die konservative Presse bemerkenswert ist nur, daß sie die Vorlage als eine „sehr gemäßigter“ bezeichnet. Die um Stumm würden allerdings auch mit der Annahme solcher Vorlage nicht am Ende ihrer Ziele angelangt sein: am liebsten wäre ihnen alljährlich wenigstens ein Umsturz, ein Ausnahme-, ein Zuchthausgesetz. Mit den vor Klassenegoismus Tollen läßt sich nicht reden.

Am gespanntesten dürfte man der Beurteilung der national-liberalen und der Centrumpresse entgegensehen. Insbesondere die nationalliberale Presse feiert Orgien der Lust ob des lieblichen Gesichts, das die Regierung ihren kapitalistischen Freunden darbietet. Die Rechte der Partei, der auch Freiherr Hehl zu Herrnsheim zugehört, empfängt jubelnd die Zuchthausvorlage.

Die „Köln. Ztg.“ erweist sich als verhärtetstes Ausbeuterorgan, von dem ein v. Stumm noch etwas lernen kann:

Die vorhandenen Strafgesetze reichen zum Schutze der Arbeitswilligen nicht aus, und der Kaiser hatte zweifellos das Richtige getroffen, als er eine Beseitigung dieser Rechtslücke forderte. Der jetzt vorliegende Wortlaut des Gesetzentwurfs scheint im großen und ganzen die Aufgabe in einer befriedigenden und wirksamen Weise zu genügen. Einzelne Bestimmungen mögen abänderungsbedürftig sein. In dieser Hinsicht behalten wir uns eine genauere Nachprüfung vor, aber schon jetzt können wir sagen, daß die Vorlage das wichtige Recht der Koalitionsfreiheit weder den Gewerbetreibenden noch den gewerblichen Arbeitern schmälert. Mit besonderer Genugthuung begrüßen wir die neuen Bestimmungen, welche sich gegen die gewerkschaftlichen Agitatoren und Helfer in einem Arbeitskampfe richten. Sie tragen nicht selten die Unzufriedenheit in eine ruhige Arbeiterbevölkerung von außen her hinein, sie schaffen recht oft zu Ausschreitungen auf, sie leben davon, daß die Ausstände recht lange und recht erbittert gefährt werden. Nicht minder halten wir es für eine wesentliche Verbesserung des jetzigen Rechtszustandes, daß den am meisten beliebten Einschüchterungsversuchen in der Form des Postensiehens wirksamer als bisher entgegengetreten wird. Im großen Ganzen können wir hiernach unser Urteil dahin zusammenfassen, daß der Gesetzentwurf, der ja wohl kaum noch in dieser Fassung zur Verhandlung kommen wird, in der vorliegenden Form eine brauchbare und willkommene Grundlage zur Verbesserung des socialpolitischen Friedens und zur Erhöhung des berechtigten Schutzes der Arbeitswilligen bildet.

Auch die „National-Zeitung“, die den linken Flügel der nationalliberalen Partei vertritt, fällt, wenn auch in vorzichtigeren Formen, ein ähnliches Urteil über die Vorlage. Sie hat an einigen Paragraphen einiges zu mädeln, aber im allgemeinen hält sie die Vorlage für durchaus diskutierbar. Auf einige Bemerkungen des Blattes gegen unseren gestrigen Leiter gehen wir noch gelegentlich ein.

Nicht viel anders, nur zum Teil noch unerschläffig, spricht sich die übrige nationalliberale Presse aus.

Die Centrumpresse, die Blätter der ausschlaggebenden Partei, wollen noch kein endgültiges Urteil fällen, erklären aber der Vorlage abgeneigt zu sein.

Die „Kölnische Volkszeitung“ führt aus: „Eine Ueberraschung bietet der Entwurf insofern, als er gleichmäßig gegen Arbeitgeber wie gegen Arbeitnehmer sich richtet und unter gewissen Voraussetzungen die Arbeitersperrung ebenso bedroht, wie den Arbeiterausstand. . . . Nur die Centrumpresse hat von vornherein betont, daß wenn überhaupt der § 163 der Reichs-Gewerbeordnung einer strafrechtlichen Ergänzung bedürftig, selbstverständlich in gleicher Weise terroristische Ausschreitungen der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer getroffen werden müßten.“

Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß damit durchaus keine Zustimmung zu dem vorliegenden Entwurfsausgesprochen werden soll. Principiell sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Vorlage gleichgestellt, praktisch würde die Sache sich wohl anders stellen, ohne daß damit den Berichten Parteilichkeit zu Gunsten der Arbeitgeber, Vorurteil zu Ungunsten der Arbeiter vorzuevorworten werden soll. Aber die Partei sieht nach Lage der Verhältnisse von vornherein ungleich, was noch näher auszuführen sein wird.

Das Zuchthaus, welches der in Aussicht gestellten Vorlage im Volksmunde den Namen gegeben hat, erscheint nur in einem Paragraphen und in einer ganz anderen Verbindung, als seiner Zeit angekündigt wurde. Das war zu erwarten. Die Konstruktion dieses Paragraphen hat augenscheinlich besondere Schwierigkeiten verursacht. Damit soll wieder nicht gesagt sein, daß die strafrechtliche Konstruktion der mit Zuchthaus bedrohten Thathandlung eine gelungene, haltbare sei. Vielmehr drängen sich

auf den ersten Blick schwere Bedenken gegen die ganze Bestimmung auf, welche in etwa nach der Analogie des Dynamitgesetzes verfaßt zu sein scheint.

Die Würdigung der Einzelbestimmungen muß näherer Prüfung vorbehalten bleiben. Die Vorfrage wird die sein, ob überhaupt ein Bedürfnis zum Erlass des § 133 der Gewerbeordnung durch ein derartiges Separat- und Strafgesetz vorliegt.

Das führende Blatt des linksgerichteten rheinischen Centrums findet also in der Vorlage gewisse Bedenken, aber auch gewisse Vorzüge. Es behält sich alles vor und die öffentliche Meinung bleibt im Zweifel, wobei schließlich die Centrumsfrage sich drehen wird. Wir haben alle Veranlassung, die Haltung des Centrums zur Zuchthausvorlage mit großem Misstrauen zu verfolgen. Denn auch die „Germania“, obwohl sie die Vorlage in ihrer jetzigen Form zusehends, hält sich nach Zentrumsart alle Thore offen.

Indem wir uns eine eingehende Besprechung dieser Vorlage vorbehalten, müssen wir uns an dieser Stelle auf die kurze Bemerkung beschränken, daß der Versuch der Begründung, ein Bedürfnis für ein solches Gesetz nachzuweisen, vollständig mißlungen ist, daß der Gesetzentwurf in unzulässiger Weise das Koalitionsrecht der Arbeiter beschränkt, wenigstens die Bezeichnung „Zuchthausvorlage“ nicht darauf angewendet werden kann, und daß verschiedene Bestimmungen die schwersten Bedenken hervorrufen und die Vorlage in dieser Form und Fassung unannehmbar machen, wenigstens nicht alle Vorschläge, namentlich soweit sie sich auf eine paritätische Behandlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beziehen, rundweg abzuweisen sind. Es ist übrigens ausgeschlossen, daß diese Vorlage noch in der gegenwärtigen Session des Reichstages, bezw. vor der Vertagung desselben erledigt werden kann.

Streitposten.

Die „Vossische Zeitung“ legt mit Recht besonderes Gewicht auf den § 4 Abs. 2 des Gesetzentwurfs, der das Streitpostenstellen strafbar macht:

„Es kommt uns das so vor, als ob jemand, dem die bestehenden Diebstahlsstrafen nicht ausreichend erscheinen, um Diebstähle zu verhindern, eine neue Bestimmung des Inhalts vorschläge: Der rechtswidrigen Aneignung wird es gleichgestellt, wenn jemand Sachen, die in Schaufenstern ausgestellt sind, mit begehrlichen Blicken betrachtet. Die bloße Beobachtung, die mit keinem Worte, keiner Geste verbunden ist, wird für eine Drohung und somit für eine strafbare Handlung erklärt.“

Das Postenstellen hat den Zweck, den zuziehenden Arbeitern die Mitteilung zu machen, daß hier ein Ausstand vorhanden sei, und allerdings auch sie zu überreden, diesen Ausstand nicht zu brechen. Erkennt es einmal das Gesetz als erlaubt an, daß Arbeiter unter einander die Verabredung treffen, die Arbeit einzustellen, so muß es auch erlaubt sein, jedermann und vor allen Dingen diejenigen, die es angeht, von dieser Verabredung in Kenntnis zu setzen. Erkennt es das Gesetz als erlaubt an, daß in großen Versammlungen einer oder einige alle übrigen zur Einstellung der Arbeit überreden, so muß es auch erlaubt sein, diese Überredung auszudehnen auf diejenigen, die erst jetzt geneigt sind, in das Arbeitsverhältnis einzutreten. Ein Arbeitsausstand bricht oft sehr plötzlich herein; es liegt alsdann ein berechtigtes Interesse vor, ihn so schnell wie möglich allen denjenigen bekannt zu machen, die ein Interesse daran haben, von ihm zu wissen. Und dazu ist das Ausstellen von Posten oft das einzige Mittel.

Daß der Arbeitswillige sich eingeschädert sieht, wenn er seine Arbeitswilligkeit nur überwacht, das heißt, von andern beobachtet sieht, ist eine Behauptung, für welche uns jedes Verständnis abgeht. Man könnte ebenso gut sagen, daß der im Ausstand begriffene Arbeiter, der doch auch sein gutes Recht ausübt, eingeschädert wird, wenn er sieht, daß ein anderer bereit ist, sofort seine Stelle einzunehmen. Es liegt der Vorwurf die durch und durch unhaltbare Vorstellung zu Grunde, daß der im Ausstand befindliche Arbeiter ein politisch und sittlich bedenklicher Staatsbürger sei.“

Unsere Parteipresse.

Aus unserer Parteipresse liegen uns vorläufig nur zwei Kennehrungen vor. Das „Hamburger Echo“ sagt:

„Wenn man sich den Inhalt des Gesetzentwurfs genau ansieht, so muß es wahrhaft verblüffend wirken, wenn in der Begründung nicht behauptet wird, das Koalitionsrecht solle nicht geschmälert werden. Der Gesetzentwurf könnte mit Recht den Titel führen: Gesetz zur Gefährdung der persönlichen Sicherheit und Freiheit der Arbeiter. Der Entwurf hätte sich deutlicher ausdrücken, wenn er gesagt hätte: Mit Gefängnis bis zu einem Jahre wird bestraft, wer Arbeiter auffordert zu gemeinsamem Handeln zur Erreichung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen oder zur Teilnahme an einem Verein, welcher den Zweck hat, die Lage der Arbeiter zu verbessern.“

Der Schluss des Artikels lautet:

„Wird der Entwurf Gesetz, so können sich die Arbeiter auf häßliche Leistungen deutscher Justiz gefaßt machen. Aber die Arbeiter werden mit wuchtiger Stimme ihren Protest hinaus-schreien ins Land, daß es den Regierungen gellend in den Ohren dröhnt und die Volksvertreter nicht wagen werden, den Arbeitern ihr wertvollstes unentbehrliches Recht, das Koalitionsrecht, zu nehmen. Der Entwurf ist ein unerhörtes Attentat auf dieses Recht. Und millionenfach wird der stammende Protest der Arbeiter gegen diesen Angriff auf ihr Recht ertönen.“

Die „Bremer Bürgerzeitung“ schließt ihre vorläufige Meldung mit folgenden Sätzen:

„Monate heißen Kampfes stehen jetzt dem deutschen Proletariat bevor. Die Vorlage wird die Massen bis zum Grunde aufwühlen. Die Stimm- und Konforten werden heute voll Jubel sein. Ob aber dieser Jubel anhält, wenn sie die gewaltige Bewegung sehen, die das Volk, das um sein heiligstes Recht, ein Recht des Kulturfortschritts kämpft, ergreifen wird, das steht dahin.“

Jetzt, ihr Proletariat, von den Schanzen hinter uns freie Feld! Eine Sommerkämpfe der Freiheit gilt es zu schlagen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juni.

Neue deutsche Kolonien.

Aus Madrid wird telegraphiert:

Die Thronrede zur heutigen Eröffnung der Cortes enthält folgenden Passus:

Infolge der parlamentarischen Schwierigkeiten und des Kabinettswechsels hat die Regentin den Friedensvertrag gemäß Artikel 64 der Verfassung ratifiziert. Das vorige Kabinett ist der Ansicht gewesen, es sei nicht ratsam für Spanien, die Karolinen, die Palao-Inseln und die Spanien noch verbliebenen Marianen-Inseln zu behalten; es ist deshalb ein Abkommen mit dem Deutschen Kaiser unterzeichnet worden, nach welchem diese Inseln an Deutschland abgetreten werden. Der betreffende Gesetzentwurf wird den Cortes sofort zugehen.

Es ist selbstverständlich, daß das Abkommen, das der Kaiser geschlossen hat, der Genehmigung des Reichstages bedarf. Umsonst werden die Spanier uns die ihnen wertlos gewordenen Inseln nicht verehren. Der Reichstag aber hat die Mittel zu bewilligen, die zu diesem Ankauf nötig sind. Es ist auffällig, daß das offiziöse Telegraphenbureau die so

geheimnisvoll betriebene Aktion auch jetzt ohne Aufklärung über die näheren Umstände und den Kostenbetrag mitteilt.

Es ist nicht abzusehen, welchen besonderen Wert der Besitz dieser Inseln für das Deutsche Reich haben soll. Der deutsche Handel hat völlige Freiheit der Entwicklung daselbst und der Besitz dürfte höchstens die Möglichkeit internationaler Verwicklungen steigern. —

Das Hohelied der Arbeitswilligkeit.

Die Zuchthausvorlage will zwar den Anschein erwecken, als ob sie das Koalitionsrecht achte und als ob sie jeglichen Personenkreis — Unternehmern wie Arbeiter, Organisierte wie Nichtorganisierte — mit gleicher Maßgabe und lediglich die Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit hindere. Aber nur zu deutlich verrät die „Begründung“ der Vorlage die wirklichen Gedanken und Absichten ihrer Urheber. Ein einziger Satz der Motive genügt, um den Ungeist, aus dem die Vorlage geboren ist, zu erkennen. Es wird da vom „Terrorismus“ der Streitenden gesprochen, die den Arbeitswilligen die Möglichkeit rauben, nach eigener Entscheidung ihre Arbeitskraft zu verwerfen. Hier fährt die Begründung also fort:

„Dies ist um so bedenklicher, als es sich gerade bei den Arbeitswilligen um ruhige, in die Staats- und Rechtsordnung sich schickende, für den Staat besonders nützliche Elemente handelt, welche in ihren mit den Staatsinteressen zusammenfallenden persönlichen Interessen wirksam zu schützen eine wichtige und dringliche Aufgabe der Staatsgewalt ist.“

Dieser eine Satz erschließt alle Herzensgeheimnisse der Bofadovskij-Regierung, die sich arbeiterfeindlicher offenbart, als je eine deutsche Regierung war, das Bismarcksche Regiment eingeschlossen.

Wer ist der „Arbeitswillige“? Es ist nicht nur der willige Sklave des Unternehmers, der sich nach dessen Lust und Laune behandeln und bis auf die Knochen ausbeuten läßt. Es ist häufig der rückständige Arbeiter, der beruht das Streben seiner Arbeitsbrüder nach besseren Arbeitsbedingungen, nach höherer Lebensart stört und erfolglos macht. Wo immer Arbeiter den Versuch wagen, einen größeren Anteil an dem Erzeugnis, das sie in schwerer Arbeit geschaffen, zu gewinnen, antwortet der Kapitalist, indem er rückständige Elemente der Arbeiterbevölkerung mit gleichzeitigen und später schnell gebrochenen Versprechungen herbeizieht, indem er seinen Patriotismus durch Massenzug billiger Hände aus Böhmen, Italien, Polen, Anstand bewährt. Diesen Willigen und Willigen — freilich ist zum Leidwesen der Unternehmer auch unter ihnen bereits eine bessere Erkenntnis erwacht — darf man verzeihen, denn sie wissen es nicht besser, und es gereicht ihnen zur Entschuldigung die Not ihres Lebens, der Hunger der Familie; ihr unverweilliches Treiben selbst aber bleibt bestehen. Weit verwerflicher sind aber jene Individuen, die nur darauf warten, daß der Ausstand ihrer Arbeitskollegen ihnen Gelegenheit giebt zu höheren Löhnen, wenn auch nur auf kurze Zeit; denn diesen im Hinterhalt lauenden Leuten zählt der Unternehmer gern mehr als den Betrag, den er den Ausständigen verweigert.

Diese Elemente feiert die Regierung als „besonders nützliche Elemente“. Mit ihren persönlichen Interessen sollen die Staatsinteressen zusammenfallen.

Niemals ist mit so ungeschminkter Offenherzigkeit das Bekenntnis abgelegt worden, daß der heutige Staat dieselben Interessen habe wie die Unternehmerklasse und die entgegen-gesetzten wie die Arbeiterklasse. Ja nicht nur mit den Interessen der Unternehmerklasse stellt die Zuchthausvorlage die Staatsinteressen gleich, sondern mit den Interessen des niedrigsten Abhubs dieser Unternehmerklasse.

Unter Mithilfe und wohlwollender Zustimmung der Regierung tagte kürzlich der Kongreß für Bekämpfung der Tuberkulose. Dort wurde von zahlreichen Autoritäten der medizinischen Wissenschaft nachgewiesen, daß die soziale Lage, die Ueberarbeit, die Unterernährung, die unmen-schlichen Wohnungsverhältnisse, die eigentlichen Ursachen bilden für die entsetzlichen Verheerungen der Volksgesundheit durch den Tubercelbacillus und für die widernatürlich frühe Sterblichkeit in den Arbeiterfamilien. Und wenige Tage später erklärt dieselbe Regierung die Harmonie des Staatsinteresses und der persönlichen Interessen der „Arbeitswilligen“, welche denjenigen, die jene Ursachen zu beseitigen sich zusammenscharten, in den Rücken fallen. So wird das Fortbestehen der Ueberarbeit, der Unterernährung, des Wohnungsleids, der Schwindsuchtseuche als höchstes Staatsinteresse proklamiert! —

Wer ist der Schöpfer des Deutschen Reichs?

Der jetzige deutsche Kaiser hat wiederholt, und auch gestern bei der Schiffsreise in Kiel, das ausschließliche Verdienst für Wilhelm I., den er den Großen zu nennen liebt, in Anspruch genommen. Wie die „Vossische Zeitung“ wohl mit Recht meint, richtet sich diese scharfe Hervorhebung der Person des Kaisers Wilhelm I. gegen die Behauptung „eines Teils der Presse und einer Reihe Schriftsteller“, das ausschließliche Verdienst falle dem Fürsten Bismarck zu.

Die geschichtliche Wahrheit liegt weder auf der einen noch auf der anderen Seite. Dem Gedanken eines geeinten Deutschlands war der Prinz von Preußen, spätere Kaiser Wilhelm ebenso feindlich, wie Fürst Bismarck. Beide erstrebten nur ein vergrößertes Preußen. Und selbst in seinem jetzigen Umfang, wo das Deutsche Reich tatsächlich nur ein vergrößertes Preußen ist, erfahren es beiden als ein sehr gefährliches Experiment, dem sie nur widerwillig, unter dem Druck der Ereignisse zustimmten, weil sie mußten.

In Bezug auf diesen Punkt läßt das Tagebuch Kaiser Friedrichs nicht den leisesten Zweifel. Uebrigens ist das Deutsche Reich ja auch etwas ganz anderes geworden, als die „Reichsgründer“ beabsichtigt haben.

Der Schöpfer des Deutschen Reichs ist und bleibt das deutsche Volk; und wenn aus dem großpreussischen Junkerreich sich allmählich ein wirklich deutsches Reich entwickelt, so wird auch dies einzig und allein das Verdienst des deutschen Volkes sein.

Das Strafgericht.

scheint nun über die Fällherabende in Frankreich hereinzubringen. Am Donnerstagabend ist der Major du Pathy de Clam verhaftet und in das Gefängnis Cherche-Midi übergeführt worden. In ihm ist einer der Hauptfalscher gefaßt und er war es, der durch allerlei romanhafte Klünne den Kapitän Drechfus zu verlocken suchte, um ihn dann dem Kriegsgericht ans Messer zu liefern.

Pathy de Clam hatte die Freiheit, vor seiner Verhaftung noch einen Brief an den Kriegsminister zu richten, in dem es heißt, er — du Pathy — protestiere gegen die Angriffe, deren Opfer er seit zwei Jahren besonders von seiten des Kapitäns Guignet sei und auf welche sich Ballot-Beaupré, Manau und Mornard stützten, um gegen ihn die schlimmsten Anschuldigungen zu säubern. Du Pathy verlangt als sein Recht die Ermächtigung zur Verfolgung seiner Verleumder oder die Gunst, von irgend einem Gerichtshof abgeurteilt zu werden.

Die Nachricht von der Verhaftung du Pathy de Clams wurde gegen Mitternacht bekannt und verbreitete sich schnell auf den Boulevards, wo infolge der zu Ehren Marchands veranstalteten Kundgebungen eine zahlreiche Menschenmenge versammelt war. Pathy de Clam wurde in dem Gefängnis Cherche-Midi in derselben Zelle untergebracht, welche früher Drechfus und Biquart innehatten.

Mehrere radikale Organe verzeichnen das Gerücht, daß auch andere Offiziere, insbesondere General Mercier, von Maßregelungen betroffen werden würden. Allgemein verlautet, daß du Pathy de Clam wegen Fälschung vor ein Kriegsgericht gestellt werden würde.

Das „Echo de Paris“ will wissen, General Gollinet habe dem General Jurinden ein Gesuch um vorläufige Freilassung Biquarts überreicht.

„Petite République“ verzeichnet ein Gerücht, du Pathy de Clam habe kurz nach seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch gemacht. Dies Gerücht hat sich bisher nicht bestätigt.

Paris, 2. Juni. Du Pathy de Clam wurde unter der Anschuldigung der Fälschung und der Benutzung von Fälschungen verhaftet. Seine Verhaftung wurde nachmittags vom Kriegsminister Krantz in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten Dupuy beschlossen. Es ist noch unbekannt, ob du Pathy de Clam vor einen Untersuchungsrat oder vor ein Kriegsgericht verwiesen wird. Seine Verhaftung ist keineswegs eine Folge seines Briefes, den er an den Kriegsminister Krantz gerichtet hat, denn dieser Brief war gestern Abend noch nicht in den Besitz des Kriegsministers gelangt. Das Gerücht bezüglich der Verhaftung des Generals Mercier ist unbegründet. Ebenso ist es unrichtig, daß der Militärgouverneur von Paris sich mit der vorläufigen Freilassung Biquarts befaßt habe.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird in der Angelegenheit aus Paris telegraphiert: Du Pathy kommt vor das Kriegsgericht. Die Regierung nimmt keine Interpellation des Parlaments vor der Publikation des Urteils des Kassationshofes an.

Paris, 2. Juni. Der Kassationshof ist heute zu einer geheimen Sitzung zusammengetreten. Die Beratungen dürften hauptsächlich wegen Feststellung der Urteilsgründe längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Fällung des Urteils wird frühestens morgen Sonnabend erfolgen.

Zu Déroulèdes Freisprechung schreibt uns unser Pariser Korrespondent vom Donnerstag:

Die enthusiastische und pratorianische „Jugendaussage“ des Generals Hervé zu Gunsten Déroulèdes hatte ein lehrreiches Nachspiel. Die Regierung begnügte sich mit einer nachträglichen jesuitischen Abschwägung der Aussage seitens des Generals, der zugleich schriftlich versichert, die That Déroulèdes „bedauert“ zu haben. Es ist aber aus dem Schriftstück nicht zu ersehen, ob das „Bedauern“ sich nicht einzig auf das Mißlingen des Putches bezieht. Der General findet kein Wort der Treue für die Republik. Die sozialistischen Interpellanten haben die unter diesen Umständen aussichtslose Interpellation zurückgezogen. —

Von den politischen Verfolgungen in Rußland.

Am 18. Mai sind in Odessa neue Massenverhaftungen vorgenommen worden und bis zur letzten Zeit haben in dieser Stadt jede Nacht Hausdurchsuchungen stattgefunden — bei allen Verdächtigen wurden Hausdurchsuchungen abgehalten.

In Rishan Rowgorod ist der Soldat Leo Goldmann, welcher früher in Wilna Schloffer war, verhaftet worden.

Der Auffassung der Arbeiterbewegung in Westrußland hat die Regierung bezogen, in Minsk außer der Gendarmenverwaltung noch eine spezielle Sicherheitsabteilung der allgemeinen Polizei zu errichten. Bisher bestanden solche Sicherheitsabteilungen nur in den größten Städten Rußlands, wie Petersburg und Moskau.

Ende April — unmittelbar vor dem 1. Mai wurden in Moskau — unter der Auflage, sich an die Arbeiterbewegung beteiligt zu haben — verhaftet die „Intelligenten“ Olga Smedowitsch, Anna Lufschewitsch und Anatoli Lutoschewskij (der letztere wurde nach 14 Tagen entlassen) und der Arbeiter Schestakoff, Nikolajeff und noch einige. — Die jüdische Arbeiterin Merl, welche im Herbst des vorigen Jahres verhaftet wurde, weil sie in der geheimen jüdischen Druckerei in Wobrußel gearbeitet hatte, die sich seit dem im Moskauer Gefängnis befand, ist dort irrtümlich geworden — darauf wurde die Unglückliche aus dem Gefängnis entlassen.

Der Moskauer Gendarmen-Offizier Tschernopjutow, welcher das von den Verwandten für die politischen Gefangenen eingelieferte Geld in Empfang nahm, hat sich erschossen. Bald darauf wurden diese Verwandten von der Gendarmenverwaltung aufgefordert, sämtliche Quittungen, welche sie über die von ihnen für die Gefangenen gebrachten Gelder bekommen hatten, vorzulegen. Die Verwandten, welche diese Aufforderung sofort in Zusammenhang mit dem Selbstmord des Offiziers brachten, suchten sofort die Angelegenheit aufzuklären und ihre Befragungen der Inhaftierten ergaben, daß Tschernopjutow viele Gelder unterschlagen hat, was Erkrankungen unter den Gefangenen infolge mangelhafter Nahrung zur Folge hatte. Erst als die Verwandten der Inhaftierten von der Gendarmenverwaltung die unterschlagenen Gelder zurückforderten, belamen sie die Summen, über welche sie noch Quittungen hatten, zurück, — die Gelder, aber welche die Quittungen nicht aufbewahrt waren, wurden ihnen nicht zurück-erstattet. —

Deutsches Reich.

Vernünftiges aus dem Kultusministerium.

Das Kultusministerium hat eine an die künftigen Regierungen gerichtete Verfügung über das Prügeln in der Schule erlassen, die gerade jetzt, wo so vielfach über Prügelpädagogen gellagt wird, sehr am Platze und die der Zustimmung aller vernünftigen denkenden Staatsbürger sicher ist. Die Verfügung lautet:

„Die Schulaufsichts-Behörden haben sich, wie ich gern anerkenne, stets angelegen sein lassen, darauf hinzuwirken, daß Uebergriffen des Züchtigungsrechtes in den Schulen vermieden werden, und nach hierüber angefertigten Ermittlungen sind auch erfreulicherweise selten wegen Mißbrauchs des Züchtigungsrechtes gerichtliche oder Disciplinarstrafen gegen den Lehrer zu verhängen gewesen. Einige in neuerer Zeit vorgekommene Fälle von Ausschreitungen bei Bestrafung von Schülern geben mir jedoch Anlaß, die Aufmerksamkeit der Schulaufsichtsbehörden aufs neue auf diesen Gegenstand zu richten, damit in jeder möglichen Weise derartige Ausschreitungen verhindert werden. Die Befugnis der Lehrer, erforderlichenfalls auch körperliche Strafen anzuwenden, soll nicht beschränkt werden. Aber es wird aufs neue nachdrücklich eingeschärft sein, daß Züchtigungen nur im äußersten Falle, wenn andere Disciplinarmittel nicht gefruchtet haben oder bei besonders schweren Vergehungen, erfolgen dürfen und daß sie auch dann selbstverständlich niemals irgendwie in Mißhandlungen ausarten oder der Gesundheit der Kinder auch nur auf entfernteste Art schädlich werden dürfen, sondern stets in maßvoller Weise anzuführen sind.“

Es ist weiter aufs neue ernstlich daran zu mahnen, daß, wenn auch ein dünnes Stöckchen oder eine Rute beim Züchtigen benutzt werden dürfen, die Verwendung anderer Werkzeuge, wie z. B. eines Lineals oder eines Zeigestockes, ferner das Schlagen mit Wägern, das Schlagen mit der Hand ins Gesicht oder an den Kopf, das Stoßen auf Brust oder Rücken oder andere Körperteile, das Ziehen an den Haaren oder Ohren, das gewaltsame Berren und Schütteln der Kinder und ähnliches die Lehrer straffällig macht und daß ebenso die unbegründete, leichtfertige oder gar gewohnheitsmäßige Anwendung von Züchtigungen, sowie die Anwendung körperlicher Strafen bei schwachen Leistungen, geringer Begabung oder nicht erheblichen Vergehungen der Kinder unbedingt zu ahnden ist.

Um Verfehlungen bei Züchtigungen thätlich zu verhüten, sind in Schulen, welche unter einem Rektor oder Hauptlehrer stehen, körperliche Strafen nur unter Zustimmung des Leiters der Schule anzuwenden; in den anderen Schulen ist die Zustimmung des Schulinpektors einzuholen; wo dies durch die örtlichen Verhältnisse erschwert oder verhindert wird, ist alsbald nach Anwendung der Strafe über Grund und Art der Züchtigung dem Schulinpektor Anzeige zu erstatten. Junge, noch provisorisch beschäftigte Lehrer sind, gemäß der hierüber erlassenen Anordnung, thätlich nicht als alleinige Lehrer einzustellen; jedenfalls ist ihnen die selbständige Anwendung körperlicher Züchtigungen nicht zu gestatten.

Vor allem aber werden Ueberschreitung des Züchtigungsrechts und ungebührliche Anwendung körperlicher Strafen vermieden werden, wenn die Lehrpersonen ihre Aufgabe in unterrichtlicher und erzieherischer Hinsicht richtig auffassen und erfüllen und bei Ausübung der Schulpflicht den Grundsatz festhalten, körperliche Züchtigungen — von schweren, ohne Zweifel sehr seltenen Vergehungen abgesehen — überhaupt nicht anzuwenden. Die Schuljugend soll gewiss in fester Zucht und Ordnung erzogen und erhalten werden. Die Bedingungen hierfür sind aber nicht in den körperlichen Strafen zu suchen, sondern in der ganzen Persönlichkeit und Amtsführung des Lehrers, in seiner erzieherischen Einwirkung auf die Kinder, in seiner Unterrichtsweise, in der Erhaltung guter äußerer Schulordnung. Wo der religiös sittliche Charakter des Lehrers, seine gewissenhafte Pflanzenerfüllung, seine ernste und zugleich liebevolle Behandlung der Kinder, sein gediegener Unterricht die Schuljugend mit Achtung und Liebe gegen den Lehrer erfüllen, da fällt erfahrungsgemäß — von den seltenen Ausnahmen entarteter Kinder abgesehen — der Anlaß zu Züchtigungen fort, wie umgekehrt erfahrungsgemäß in Schulen, in denen viel geklagt wird, der Grund dafür in der Regel darin zu suchen ist, daß in dem Verhalten und der Amtsführung des Lehrers, in seiner unterrichtlichen und erzieherischen Thätigkeit erhebliche Mängel zu finden sind.

Möchten alle Lehrer diese vernünftigen Worte beherzigen.

Socialdemokratische Provokationen.

Unter diesem Titel schreiben Berliner reaktionäre Blätter, wie die „Kreuzzeitung“ und die „Post“: Ein Zeichen ungeheurer — allerdings von bürgerlich-demokratischer Seite genährter — Ueberhebung und der in der Socialdemokratie bestehenden Absicht, die Polizei zu provozieren, ist nachstehende Aufforderung der Königsberger „Vollstribüne“:

„Unser Vorschlag“ — so heißt es dort — „geht nun dahin, daß organisierte Arbeiter im Laufe des Sommers recht häufig Ausflüge unternehmen, die sie natürlich vorher gehörig bekamt zu machen haben. Eine gemeinsame Wanderung, natürlich niemals im geschlossenen Zuge, kann in mancher Hinsicht angenehm wirken. Sie kann von agitatorischer Wirkung sein auf die Landleute und auf die Genossen. Der Vater Staat aber würde in eine Zwangslage versetzt. Entweder müßte er zum Standal aller freihändlerischen Gefühnen seine Polizeifrage noch häufiger als jetzt stellen und für mehr Gendarmen sorgen, oder er müßte vernünftiger werden und die Ueberwachung durch Polizisten und Gendarmen einschränken.“

Hoffentlich, so heißt es dann bei den erwähnten Scharfmachern, greift der „Vater Staat“ recht fest zu, wenn versucht wird, ihm auf der Nase herumzuspähen.

Aber hoffentlich, so fügen wir hinzu, doch nur dann, wenn bei den Agitationskuren der Königsberger Genossen etwas Ungeheures geschieht!

Das Abgeordnetenhaus aufgelöst? Herr v. Miquel soll sich

länglich dahin ausgesprochen haben, daß die Regierung auf die Erledigung sämtlicher Vorlagen, soweit sie dem Landtage bisher zugegangen sind, Wert legt und demzufolge mit einer Dauer der Session bis Mitte Juli rechnet. Voraussetzung für die Innehaltung dieses Arbeitsplans ist die Annahme der Kanalvorlage. Falls diese Vorlage abgelehnt werden sollte, so würde der Plan allerdings durchbrochen werden. Es soll dann nach Erledigung der dringlichsten Arbeiten die Auflösung des Hauses der Abgeordneten erfolgen, so daß die Kanalvorlage die Parole für die Neuwahlen bilden würde.

Es wird so heiß nicht gegessen werden, wie es gefochet wird. Wenn die Herren Landräte des preussischen Abgeordnetenhauses merken, daß die Ablehnung der Kanalvorlage die Auflösung des Abgeordnetenhauses zur Folge hätte, so würde sich die nötige Weisheit für den Entwurf sehr schnell zusammensuchen.

Der Bund der Landwirte und der ambulante Gerichtsstand der Presse. Wegen Beleidigung der Vorstandsmitglieder des „Bundes der Landwirte“, der Herren Dr. Köstler, Dr. Hahn und Plasuda war seiner Zeit der Redakteur Schwarz der „Münchener freien Presse“ vom Berliner Schöffengerichte zu 100 M. Geldstrafe und Publikation in der genannten Zeitung verurteilt worden. In dem inkriminierten Artikel war dem „Bunde der Landwirte“ vorgeworfen worden, daß er bei seinen Geschäften die Bundesmitglieder in unerhöhrter Weise über das Ohr haue und bei einer Auktionsversteigerung direkt gegen ihr Interesse gehandelt habe. Der Bund brauche das Geld zur Bezahlung seiner Direktoren und Depaposten. Das sei die vielgerühmte Bauernfreundlichkeit des preussischen Fideicommissars usw. Der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Träger, verzichtete damals auf einen Wahrheitsbeweis, da eine Verwechselung vorzuliegen schien, das Versehen der liefernden Firma dem Bunde der Landwirte zur Last gelegt sei. Der Gerichtshof führte aus, daß die gegen den „Bund“ erhobenen groben Anschuldigungen als durchaus falsch festgestellt worden seien und erkannte auf die oben angegebene Strafe.

Nur aus formellen Gründen legte der Angeklagte Verurteilung ein; sein Vertreter, Justizrat Träger, beswört gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I — wie er es auch schon vor dem Schöffengericht getan hatte, die Alibiobjektivation der Kläger, daß im allgemeinen nur vom „Bunde der Landwirte“ die Rede und im Beschluß auch der „Bund der Landwirte“ als Kläger genannt sei und nicht die Herren Dr. Köstler, Dr. Hahn und Plasuda; ferner bestritt der Verteidiger die Zuständigkeit des Gerichts, da die Zeitung in München erschienen und verbreitet worden sei; gegen den durch die bekannte Reichsgerichts-Entscheidung hergestellten ambulanten Gerichtsstand der Presse hätten sich auch schon Berliner Schöffengerichte ausgesprochen. Er bestritt, daß die „Münchener freie Presse“ in Berlin verbreitet und gelesen werde. Da der klägerische Vertreter, Rechtsanwalt Max Hoffmann, den Beweis führen will, daß das Blatt hier mindestens in 10 Exemplaren abonniert und daß es auch hier gelesen wird, wurde die Verhandlung vertagt, um eine Auskunft des Post-Zeitungsamts einzufordern.

Staatliche Agitation für die „katholische Pädagogik“. Auf der Glogauer Hauptversammlung des Vereins katholischer Lehrer Schlesiens hat der Geheimregierungs- und Schulrat Jüttner aus Pögnitz, der die Versammlung im Auftrage der Dignitärregierung begrüßte, eine für den jetzigen Kurs der Unterrichtsverwaltung kennzeichnende Rede gehalten, in der er u. a. folgendes sagte: „Der Verein katholischer Lehrer hat große Erfolge errungen; es ist ein Baum, in dessen Schatten alle katholischen Lehrer Platz haben. Es darf keinen katholischen Lehrer geben, der nicht unter diesem Baume Ruhe und Frieden sucht. Wo es also noch solche unter katholischen Lehrern giebt, die dem Vereine noch nicht angehören, da wirken Sie dahin, daß sie es mit der Zeit thun. Durch Studium in den Werken der katholischen Schriftsteller mache man sich mit ihnen bekannt und gehe zurück auf die Geschichte der katholischen Pädagogik.“ Die „Schlesische Schulzeitung“ aus katholischen Lehrerkreisen eine Zuschrift, die sich mit Recht tadelnd über die Art der Bemerkung staatlicher Autorität zu Gunsten einseitiger Lehrervereinigungen ausdrückt. In der Zuschrift wird der Ueberzeugung

Ausdruck gegeben, daß dem konfessionellen Frieden des Staates am besten gedient sei durch simultane Lehrervereine.

Widharrst wird kaum je gehofft haben, daß der von ihm protegierten Lehrerbewegung dereinst so einflußreiche Agitatoren aus den Kreisen der Regierungsmänner erheben würden. Und auch die Schwester Karola wird bestrebt davon Kenntnis nehmen, daß die von ihr mit so viel Berge gekostete (Wittels-) Pädagogik bei einem so hohen Schulmann Verständnis findet.

Welche Vorteile für die Landeskultur der Rhein-Elbe-Kanal schaffen würde. Durch den Rhein-Elbe-Kanal wird nicht nur die bis jetzt fehlende Schiffsverbindungs zwischen Rhein, Elbe, Weser und Elbe, ja mit sämtlichen deutschen Stromgebieten, geschaffen, sondern auch eine Vereinigung von Haupt- und Nebenflüssen, Bächen und Rinnsalen zu einem langgestreckten Binnensee. In diesem Binnensee können plötzlich auftretende und regelmäßige Hochwasser aufgenommen werden, um an anderen Stellen in andere Flußgebiete wieder abgelassen zu werden. Ueberflüssige Wassermengen der Flüsse, die höheren Wasserständen, werden aufgespeichert, um zu Bewässerungen und Anfeuchtungen dort zu dienen, wo zeitweilig Wassermangel und Trockenheit eintreten. Der Kanal wird wie eine langgestreckte Kanalperle zwischen Rhein und Elbe wirken. Die daraus für die Landeskultur zu erlangenden Vorteile beziffern sich auf der Mittelstrecke auf mehrere Hunderttausend Mark im Jahre.

Eine Statistik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse für den Monat Mai veröffentlicht die „Volls-Zeitung“. Von den darin enthaltenen 21 neuen Fällen haben 11 zur Verurteilung geführt. Es wurde auf insgesamt 64 Monate Gefängnis = 6 1/2 Jahre erlannt. 6 Angeklagte wurden freigesprochen und 5 Verhaftete resp. Denuncierte hatten noch der gerichtlichen Entscheidung. Nach derselben Statistik sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 171 Majestätsbeleidigungen gerichtlich verhandelt und mit zusammen 55 Jahren Gefängnis bestraft worden.

Die Haupt- und Staatsaktion der Graubündener Anklagebehörde gegen das Wochenblatt „Gazeta Grudziowska“ hat ein recht dürftiges Ende gefunden. In diesem Prozesse, der wegen Beleidigung des Justizministers Schönstedt angestrengt worden war, fanden in der Redaktion der „Gazeta Grudziowska“ und in den Privatwohnungen aller Personen, die mit dem Blatte in Verbindung stehen, zahlreiche Hausdurchsuchungen — einmal sogar nachts 2 Uhr — statt. Auch wurden zwei Seherlehrlinge in eine mehrere Monate währende Zeugenschaft genommen. In den gerichtlichen Vernehmungen wurde sehr häufig das gesamte Redaktions-, Expeditions- und Buchdruckerpersonal auf das Gericht entboten, so daß zweimal das Blatt verpöset, einmal nur eine Seite stark und einmal gar nicht erschien. Auch nachdem der Verfasser des beanstandeten Artikels, der Redakteur Majerki, sich selbst genannt hatte, blieben die Seherlehrlinge noch in Haft. Und nun haben der Redakteur Majerki und der Verleger Ruberski vom Ersten Staatsanwalt Parte in Graubündenz den Bescheid erhalten, daß der Prozeß niedergeschlagen worden sei. Justizminister Schönstedt hatte gegen die „Gazeta Grudziowska“ gar keinen Strafantrag gestellt.

Wozu und die Verurteilung so zahlreicher Personen, wenn der angeblich Beleidigte selbst sich nicht getroffen fühlte?

Die Bürgermeister-Auflösung. Aus Elsch-Verträgen wird uns geschrieben: Von der lebenswürdigen Art, in welcher die reichsständlichen Verwaltungsbehörden mit den Vertretern der Gemeindeverwaltungen umzugehen pflegen, im folgenden ein neues Beispiel. Der Bürgermeister der Gemeinde Dahlenheim war seit einigen Wochen verwaist, nachdem der bisherige Maire sein Amt niedergelegt hatte. Um die schwierige Frage der Neubestellung des Postens rasch zu erledigen, griff der zuständige Kreisdirektor, Herr Swieren in Wolsheim, in die Angelegenheit ein und suchte sich mit einem von ihm für die Stelle in Aussicht genommenen Mitgliede des Dahlenheimer Gemeinderates in Verbindung zu setzen. Der genannte Beamte, der durch seinen in der Uniform eines Kürassiersoffiziers ausgeführten Disparität, mit dem er kürzlich an der Spitze eines Gendarmereikontingents das Kaiserpaar auf seiner Fahrt nach dem Kloster Obilienberg begleitete, nachgerade eine gewisse Berühmtheit erlangt hat, ging nun auch hierbei recht militärisch zu Werke. Er landete an das genannte Dahlenheimer Ratsmitglied ein Schreiben, dessen Inhalt wörtlich folgendermaßen lautet: „Ich erlaube Sie ergebenst, sich mir am 9. d. M. (Morg) im Wustungssale in Wolsheim vorzustellen.“ Dieser freundlichen Einladung kam unser biederer Dahlenheimer, der offenbar der Ansicht war, daß ein angesehener Gemeindevorsteher sich in mancher Hinsicht doch von einem in Dienst stehenden Soldaten untergehe, nun allerdings nicht nach. Er lehnte die ihm in Aussicht gestellte amtliche „Auslösung“ ab, worauf der Herr Kreisdirektor dann verfügte, daß ein anderer, allem Anschein nach willfährigerer Bürger zum Maire von Dahlenheim ernannt werde.

Aus Baden, 28. Mai. (Fig. Ver.) Die badische Regierung scheint dem Ausfall der für den kommenden Herbst bevorstehenden Landtagswahlen mit recht wenig Vertrauen entgegenzusehen und wegen einer weiteren Schwächung ihrer nationalliberalen Gefolgschaft in der zweiten Kammer ersitzliche Verfügungen zu treffen. Die kommende Wahlperiode wird in erster Linie um die Erreichung des direkten Wahlrechtes zum Landtag geschlagen werden, nachdem es die nationalliberale Fraktion bisher verstanden hat, die Entscheidung über diese das badische Volk eifrig beschäftigende Verfassungsfrage mittels einer Reihe von struppelosen Schein- und Verschleppungsmandaten auf die lange Bank zu schieben. Unter der gemeinlichen Parole: „Nieder mit den Feinden des direkten Wahlrechtes!“ wird deshalb die gesamte badische Opposition den Kampf gegen den Nationalliberalismus aufnehmen und tatsächlich hat auch die Leitung der Centrumpartei nach Schluß des Landtages in einer Proklamation an ihre Wähler die weitere Schwächung der nationalliberalen Kammervertretung als das in erster Linie zu erstrebende Ziel des kommenden Wahlkampfes bezeichnet, selbst auf die Gefahr hin, daß die sozialistische Gruppe des Landtages sich dadurch noch um einige Köpfe verstärken sollte. Diese entschiedene Taktik des badischen Centrums, die in erster Linie auf den Einfluß des intransigenten Führers der liberalen Landtagsfraktion, des Pfarrers Wader, zurückzuführen ist und nicht wenig zu den Karlsruher sozialistischen Wahlsiegern der letzten Jahre beigetragen hat, ist an oberster Stelle der badischen Regierung, wo man die Zusammenfassung aller bürgerlichen Parteien zum Kampf gegen den „Umsturz“ als eine des Schweißes gekönter Haupter besonders werthe Aufgabe betrachtet, seit langer Zeit aufs unangenehmste vermerkt worden. Hierfür legt die Thronrede, mit der vor wenigen Wochen der Landtag geschlossen wurde, bereites Zeugnis ab. Jetzt hat man es in Karlsruhe für nötig gehalten, durch eine zweite, in weit schärferer Tonart gehaltene Proklamation den liberalen Wählern das staatsbehaltende Gewissen zu schärfen und sie um die Fahne des Kampfes gegen den sozialistischen Umsturz zu sammeln. In einem hochsignifizanten Artikel der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“, der mit einer Schärfe, wie sie bisher wohl kaum jemals einer Regierung gegenüber einem einzelnen Parteiführer beliebte, sich gegen die Person Waders und die von ihm besetzte Taktik wendet, wird der Versuch unternommen, zwischen die Parteileitung des badischen Centrums und dessen Anhängerschaft im Volle einen Keil zu treiben, um dadurch die katholischen Wähler dem Einfluß der Waderschen Intransigenz zu entziehen und sie in die Bahnen einer gleichsam honetter Opposition nach Biedersteins Muster zu weisen. Man vermahnt es dabei nicht, den „Kirchenobern“ die Entscheidung darüber nahelegen, ob die politische Thätigkeit Waders mit den Pflichten des Priesters und den Interessen der durch den Umsturz in erster Reihe an ihren Wurzeln bedrohten Kirche noch als vereinbar angesehen werden könne, und deutet dann an, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, den Wünschen der katholischen Wählerchaft mehr als bisher zu entsprechen, sobald diese es ablehnten, auch fernerhin „in so revolutionärer Gemeinschaft“ zu wirken und dadurch eine „für Staat und Kirche gleichmäßig bedauerliche wie verderbliche

Page“ zu schaffen. — Daß die badische Regierung durch diese aufsehenerregende, vor allem als der Ausdruck ihres eigenen Schwächegefühls aufzufassende Verlautbarung die Position ihrer nationalliberalen Gefolgschaft in der bevorstehenden Wahlperiode verfestigt habe, wird wohl niemand ernstlich zu behaupten wagen. Es müßte denn sein, daß unsere Bevölkerung das Gefühl für die Ehrlichkeit der im politischen Kampf zu verwendenden Waffen verloren hätte und die von oben herab erfolgte demagogische Aufschwärzung eines unbehaglichen Bewegers als das nachahmungswürdige Vorbild kitterlicher Kampfesweise betrachtete wolle.

Das Schiedsgericht vor der Friedenskonferenz.

Offizielle Mitteilungen über die Verhandlungen im Haag liegen vorläufig nicht vor. Die „Morning Post“ meldet aus dem Haag: Im Laufe der Besprechung zwischen Jamesfote, Staal und Münster über die britischen und russischen Schiedsgerichtspläne fragte Graf Münster, ob es nicht möglich wäre, die beiden Pläne in einer solchen Weise zu verschmelzen, daß ein einziger neuer Plan entworfen werde, der allgemeine Befriedigung gewähre. Wäher ist eine Verständigung nicht erzielt.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet dagegen vom 1. Juni: „Western acceptierte die Schiedsgerichts-Kommission einstimmig die Grundsätze des permanenten fakultativen Schiedsgerichts. Heute wurde der amerikanische Mediations-Vorschlag, der bei Streitigkeiten zwischen zwei Staaten ein dem Duell analoges, aber durchaus unerbittliches Verfahren zur Anwendung bringen will, gleichfalls einstimmig angenommen.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Krise ist noch immer nicht abtun geworden; die Krone will einen letzten Versuch machen, eine Verständigung zwischen den beiden Kabinetten herbeizuführen; in einigen Tagen sollen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Nach der „N. Fr. Pr.“ hat sich der österreichische Ministerrat am Donnerstag mit einem Vermittlungsvorschlag beschäftigt, der bereits der gemeinsamen Ministerkonferenz vortag und von hochstehender Seite (d. h. dem Kaiser) beiden Regierungen zur Erwägung anheimgegeben wurde. Das Ergebnis des Ministerrats wurde dem ungarischen Ministerpräsidenten Koloman v. Szell bereits bekannt gegeben. Die Budapestener Blätter drücken übereinstimmend die Ansicht aus, daß die Hoffnung einer Verständigung zwischen den Ministerpräsidenten v. Szell und Grafen Tisza nahezu ganz geschwunden sei. Der „West Lloyd“ sagt: Szell dürfte vielleicht schon in den nächsten Tagen seine Entlassung anbieten. Die ungarischen Minister sind inzwischen nach Budapest zurückgekehrt.

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom Freitag erklärte Szell, er sei jetzt nicht in der Lage, Anträge betreffend die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Oesterreich zu stellen, da die Verhandlungen mit der österreichischen Regierung zu keinem Einverständnis geführt hätten. Die Regierung wünsche lebhaft, daß eine Ordnung dieser wirtschaftlichen Beziehungen unter Mitwirkung der Volksvertretungen stattfinden, doch sei jetzt und in nächster Zeit keine Aussicht vorhanden, daß der österreichische Reichsrat seine regelmäßige Funktion erfülle. Da nunmehr für das ungarische oder das österreichische Kabinet eine Krise entstehen könne, so erlaube er, der Ministerpräsident, ihm meritorische Erklärungen zu erlassen, ferner in nächster Zeit seine Sitzungen abhalten zu wollen und den Präsidenten zu ermächtigen, längstens bis 15. Juni eine Sitzung einzuberufen, in der er meritorische Erklärungen abgeben und Anträge stellen werde. (Platz von der äußersten Linken: „Kein weiterer Aufschub mehr!“) Kossovich erklärte, Verhandlungen seien nicht mehr nötig, höchstens betreffend die Reciprocität. Ministerpräsident v. Szell antwortete, die Verhandlungen müßten eben wegen der Reciprocität gepflogen werden. Dies sei nicht nur erlaubt, sondern sogar notwendig. Schließlich nahm das Haus unter allgemeinem, lebhaftem Beifall den Antrag des Ministerpräsidenten an.

Schweiz.

Zürich, 30. Mai. (Fig. Ver.) Ein eigenes Verhängnis waltet über dem Kanton Schaffhausen. Seit etwa 5 Jahren beschäftigt man sich mit der Revision der Verfassung in fortgeschrittenem Sinne, wozu vom Volke ein eigener Verfassungsrat gewählt worden, nachdem erst durch Volksabstimmung grundsätzlich die Verfassungsrevision beschlossen worden war. Der Verfassungsrat gab, bevor er an seine Arbeit ging, dem ganzen Volke Zeit und Gelegenheit, die Sache zu diskutieren und in zahlreichen Eingaben von Verammelungen wie von einzelnen Bürgern wurden die Wünsche und Bedürfnisse zur Kenntnis gebracht. Der Verfassungsrat stellte nach langen Beratungen eine Vorlage fertig, aber in der Volksabstimmung wurde sie verworfen. Nun wurde das Volk angefragt, ob überhaupt der Verfassungsrat sein Werk fortsetzen soll; in einer neuerlichen Volksabstimmung wurde dies beschlossen. Darauf trat eine längere Pause ein und endlich machte sich der Verfassungsrat abermals an die ihm übertragene Aufgabe. Er arbeitete eine neue Vorlage aus, aus der er alles wegließ, was nach seiner Meinung die Verwertung der ersten Vorlage verschuldete, allein am letzten Sonntag wurde auch die zweite Vorlage mit 3391 gegen 2900 Stimmen verworfen. Das ist zu bedauern, denn sie enthielt manchen demokratischen und sozialen Fortschritt, so unter anderem auch die Bestimmung: „Der Staat schützt die Arbeitskraft, insbesondere diejenige von Frauen und Kindern, welche in solchen Industrien beschäftigt sind, die nicht der Bundesgesetzgebung unterstehen.“ Die Arbeiter traten dann auch lebhaft für den neuen Verfassungsentwurf ein, allein ihre Zahl war zu klein, um ihn vor der Engbergigkeit und Regation zu retten. Mit dieser zweiten Verwerfung scheint das ganze, nun jahrelang betriebene Werk der Verfassungsrevision endgültig gescheitert zu sein, was jeder Freund des Fortschritts nur aufrichtig bedauern kann.

Der Graubündner Kantonsrat hat ein neues Wirtschaftsgesetz gemacht und in dasselbe auch einige, allerdings sehr bescheidene Bestimmungen zum Schutze des Wirtschafts-personals aufgenommen. Danach dürfen Mädchen unter 18 Jahren, die nicht zur Familie des Wirtes gehören, nicht als Kellnerinnen verwendet werden. Jede übermäßige Anstrengung des Dienstpersonals in Wirtschaften ist untersagt. Der Betrieb derselben ist so einzurichten, daß jeder im Dienste des Wirtes stehenden Person täglich sieben Stunden Schlafzeit und mindestens vier Stunden wöchentliche Freizeit zu gewähren sind. Um 12 Uhr nachts sollen die Wirtschaften geschlossen werden; die Gemeinden sind jedoch befugt, auch einen früheren Schluß festzusetzen.

Italien.

Die Frage der Amnestie

führte in der Deputiertenkammer zu heftigen Auftritten. Nachstehendes Telegramm liegt uns vor:

Rom, 2. Juni. Auf der heutigen Tagesordnung steht die Beratung über den von der Kommission für Wahlprüfungen gestellten Antrag, die Wahl der wegen politischer Vergehen verurteilten Deputierten Lucati, De Andreis und Chiesi für ungültig zu erklären. Vendemini (äußerste Linke) beantragt eine achtstägige Vertagung als Manifestation zu Gunsten der Amnestie. Die äußerste Linke verlangt die namentliche Abstimmung über diesen Antrag. (Kam auf der Rechten und im Centrum.) Der Antrag Vendemini wird in namentlicher Abstimmung mit 195 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

Rom, 1. Juni. In einer Fraktionsitzung der äußersten Linken wurde beschlossen, bei der Beratung der Vorlage betreffend die politischen Maßnahmen Obstruktion zu treiben. Bis jetzt sind zu der Vorlage 208 Änderungsanträge eingebracht worden.

Rom, 2. Juni. Deputiertenkammer. Das Haus beschloß in
namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 85 Stimmen die Un-
gültigkeit der Wahl Turatis. Alsdann ergriff Bovio das
Wort zu einer Ansprache anlässlich des Jahrestages des Todes
Garibaldis. Nach Ablehnung des Antrages Vendemini spricht der
Präsident den Wunsch aus, daß der heutige Jahrestag des Todes
Garibaldis alle Bürger tugenden ins Gedächtnis zurückrufen möge,
für die der Verehrte ein unvergleichliches Beispiel gegeben. (Leb-
hafter, langanhaltender Beifall.) Sodann äußert der Präsident sein
großes Bedauern über das Verlangen auf namentliche Abstimmung,
über den Antrag auf Annulierung der Wahl De Andreis'. Sodann
wird die Wahl De Andreis' mit 211 gegen 85 Stimmen für ungültig
erklärt und die Sitzung aufgehoben.

Rußland.

Der finnländische Landtag ist, wie bereits berichtet, durch eine
nicht allzu gnädige Volksthaft Västerås geschlossen worden. Bei der
Schließung sagte der Landmarschall Baron Troll:

Die finnischen Stände gaben sich der Hoffnung hin, daß Finnland
auch zukünftig die Möglichkeit haben werde, sich unter Prinzipien zu
entwickeln, die im Bewußtsein des Volkes festgewurzelt, die dem
Lande den hohen Kulturgrad verschafft und stets die Achtung
vor den Gesetzen sowie die Ruhe und Ordnung be-
wirkt hätten. In letzter Zeit werde immer mehr die Meinung
laut, welche die höchste Staatsweisheit in der Assimilierung der kleinen
Völkergruppen erblicke, ohne dabei die natürlichen Bedingungen sowie
die historische Entwicklung der letzteren zu berücksichtigen. Finnland
sei bisher immer ruhig gewesen, habe Rußland nie Besorgnis be-
reitet. Die wirklichen Interessen Rußlands würden daher am besten
gewahrt, wenn man die sogenannten Fremdvölker, zu
denen die Finnländer gehörten, den ihnen historisch vor-
gezeichneten Entwicklungsgang gehen lasse; dann
werde Rußland in den Finnländern ein treues, friedliebendes Volk
haben, das, obgleich eigenen Kulturaufgaben nachgehend, gleichzeitig
gern und fröhlich die Verpflichtungen Rußland gegenüber erfülle,
welche gerechterweise Finnland auferlegt werden könnten. —

Türkei.

Konstantinopel, 2. Juni. Wie hier verlautet, hätte sich die
türkische Regierung im Yıldiz-Palais darüber beschwert, daß die
türkischen Delegierten zur Haager Konferenz keine pro-
grammatischen Instruktionen besäßen, wodurch die Tätigkeit der
Konferenz erschwert werde. —

Afien.

Die Lage auf den Philippinen.

In den Berichten des spanischen Generals Rios wird die augen-
blickliche Lage der Nordamerikaner auf der ganzen Inselgruppe als
eine aussichtslose bezeichnet. Von den 40 000 Mann, welche
ziffernmäßig unter dem Befehle des Generals Otis stehen, seien bei
günstiger Abkündigung gegenwärtig nur 12 000 Mann im Felde
verwendbar. Die Hälfte der Mannschaften sei krank und die
Freiwilligen begingen täglich offene Widersehlichkeiten, da sie sich als
nicht mehr gebunden durch ihren Fahnenwidrig erklärten. In angriff-
weisem Vorgehen seien daher die Freiwilligen garnicht zu gebrauchen.
Rios schließt daraus, daß auf die Einrichtung einer geordneten Ver-
waltung auf der Inselgruppe im Laufe dieses Jahres nicht mehr zu
rechnen sei, da bis zum Ablauf der Regenzeit die Nordamerikaner
ihre jetzige Stellung unmöglich verbessern könnten. Dagegen sei an-
zunehmen, daß es im Laufe dieses Zeitraumes den Philippinern
gelingen werde, neue Sendungen von Waffen und Schießbedarf zu
erhalten. —

Aus Manila wird heute berichtet: Die Philippiner be-
sehten am 31. Mai wieder ihre alten Stellungen rings um
San Fernando und befehligte die amerikanischen Vorposten. General
Otis drängte an den Kriegsminister in Washington, er sei immer
noch der Meinung, daß 30 000 Mann zur wirksamen Beherrschung
der Philippinen erforderlich seien. —

Afrika.

Von der südafrikanischen Konferenz. Präsident Krüger
und Generalgouverneur Milner sind am Mittwoch zu ihren Ver-
sprechungen zusammengelassen; die Verhandlungen werden geheim
gehalten. Auf dem Präsidenten fand abends zu Ehren Krügers und
Milners ein glänzender Empfang statt. —

Die Besprechungen sollen täglich von 10—12 Uhr mittags und
von 2—4 Uhr nachmittags stattfinden. Wie es heißt, wird Milner
ein bestimmtes Programm unterbreiten und das Mindestmaß
der Zugeständnisse bezeichnen, das er anzunehmen bereit sein würde.

Amerika.

Die Klagen der Regier.

Mit besonderem Hinblick auf die vielen Lynchmorde, die in
jüngster Zeit in den Südstaaten an Regern verübt worden sind,
hat der amerikanische Bund der Farbigen, der National Afro-
American Council einen Aufruf an seine Mitbürger erlassen,
der sie auffordert, den kommenden 2. Juni als einen Fast- und
Bettag zu begehren und zum barmherzigen Gott zu stehen, daß er sie
erlöse von der ungerechten, grausamen und bar-
barischen Behandlung, der die Regier in einem großen Teile
der Vereinigten Staaten verfallen seien. Unter den Klagen werden
folgende aufgestellt: „Wir bezahlen jährlich Millionen Dollars, um auf
„Jim Crow“-Gassen zu fahren (den Niggerwagen der Eisenbahnen im
Süden), die oft kaum genug als Viehwagen sind, und müssen doch
soviel bezahlen wie andere, denen jede Annehmlichkeit und Bequem-
lichkeit gewährt wird. Indianer, Chinesen und Angehörige jeder
anderen Rasse können reisen wie sie wollen. In manchen Teilen des
Landes können wir, und wenn wir tausend Meilen fahren, nicht
eine Tasse Kaffee oder eine Tasse Thee erhalten, weil keine Ver-
kehrungen getroffen sind oder getroffen werden dürfen, uns für
unser Geld etwas zu essen zu geben.“ „Wir werden zu Laufenden
vor die Gerichte geschleppt und zu jeder Art von Strafe
verurteilt, zur Todesstrafe sogar, ohne daß uns das Recht
gewährt wird, vor einer Jury prozessiert zu werden, die
ganz oder doch teilweise aus Vertretern unserer Rasse bestände;
während es doch ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit ist, uns
Richter und Geschworene zu geben, die frei von Voreingenommen-
heit und Massenvorurteil über uns aburteilen könnten.“ — „In
vielen Gegenden“ — heißt es weiter, — „werden wir auf leicht-
fertigen Verdacht hin, ohne Schuldbeweis, als angebliche Ver-
derber der öffentlichen und empfindlichen Verbrechen verhaftet und ins
Gefängnis geworfen; dann kommt ein Rob unwissender, böswilliger,
oft trankener Leute, denen die Schlüssel zum Gefängnis und die
Gefangenen ausgeliefert werden, und der unter Verdacht stehende
Regier wird den Wächtern des Gefängnisses entrissen, wird gemartert,
gehängt, erschossen, zerfleischt und verbrannt oder gar mit teufl-
icher Grausamkeit lebendigen Leibes verdrammt.“

Partei-Nachrichten.

Die Oberbürgermeister-Wahl in Stuttgart beschäftigte eine
starke Parteiverammlung, die am Dienstag in Stuttgart tagte. Vor
kurzer Zeit war dort an Stelle des verstorbenen Herrn Wilmelin ein
neuer Oberbürgermeister zu wählen, der durch allgemeine Abstimmung
aller Bürger gewählt wird. Es kandidierte für die Volkspartei ein Ge-
meinderat Gauß, der sozialpolitisch durchaus mancherlei An-
sicherungen kundigt, dann ein Regierungsrat Hoffmann, ein durch und durch
reaktionärer Mann, und schließlich ein Herr Lautenschlager, ehemaliger
Gewerkschaftler, dessen sozialpolitische Anschauungen ihm große
Sympathien in den Arbeiterkreisen verschafft hatten. Während nun
eine sozialdemokratische Parteiverammlung beschlossen hatte,
für Lautenschlager zu stimmen, machten verschiedene führende
Genossen, wie Rios, Wagner, Landesvorstand Fischer und
andere aus ihrer Sympathie für Gauß kein Geht und ließen es

auch ruhig zu, daß die Volkspartei mit ihrem Namen auf Plakaten
Reklame für Gauß machten. Rios hat auch öffentlich erklärt, daß
er entgegen dem Parteibeschlusse für Gauß, der schließlich zum
Oberbürgermeister gewählt wurde, gestimmt hat. Diese Vorgänge,
die schon zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt hatten, bildeten
den Gegenstand der Verhandlung der letzten Parteiverammlung.
Die dissentierenden Genossen wurden heftig angegriffen. Schließlich
wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Parteiverammlung des Socialdemokratischen
Bereins Stuttgart unterzog den verflochtenen Wahlkampf zur Stadt-
schultheißer-Wahl einer herben Kritik.
Nach reiflicher Erwägung kam sie zu der Ueberzeugung, daß
das Verhalten einzelner Genossen hierbei kein korrektes war und
spricht sie darüber ihren Tadel aus.
Ferner ist sie der Ueberzeugung, daß auch die städtische Parteilei-
tung gegenüber dem mit großer Mehrheit legal gefassten Be-
schlusse nicht ihre Schuldigkeit gethan hat. Es wäre ihre Pflicht
gewesen, mit vollem Eifer für die Kandidatur Lautenschlagers eine
rege Agitation einzuleiten.

Dagegen drückt sie der Redaktion der „Schwäb. Tagw.“ als
einzige energische Führerin in dem verflochtenen Wahlkampf ihre volle
Anerkennung aus.
Sie erwortet fernerhin, daß den von einer Parteiverammlung
gefassten Beschlüssen von allen Parteigenossen unbedingt Rechnung
getragen wird.

Zu der bevorstehenden Wahlkreis-Konferenz beauftragt sie ihre
Delegierten, bei Aufstellung einer Landtagskandidatur für Stuttgart
Amt gegen eine Kandidatur Wagner zu stimmen.“

Die Abträge 1, 2, 3, 4 und 8 wurden gegen je 6—8 Stimmen,
Abtrag 5 einstimmig angenommen.

Internationale Solidarität. Das deutsche Gewerkschaftskartell
in Chicago hat für die Angehörigen der im Lötwaren-Prozess zu
schweren Zuchthausstrafen verurteilten Arbeiter 53 Dollars eingekauft.

Bei der Landtags-Erfahrungswahl in Gotha wurden 14 social-
demokratische, 17 agrarische und 10 liberale Wahlmänner gewählt.
Unsere Genossen können deshalb nicht auf die Erringung des Man-
dats rechnen.

Totenliste der Partei. In Weissenfels starb am Mittwoch ein
treuer Parteigenosse, der Schuhmacher Hugo Wallbaum. Er
war einer der eifrigsten und thätigsten Parteigenossen in Weissenfels
und sein Name ist mit der dortigen Arbeiterbewegung aufs innigste
verknüpft. Auch seitdem er selbständig geworden und eine Schuh-
fabrik eingerichtet hatte, hat er niemals vergessen, daß er zur großen
socialdemokratischen Armee gehört. Die Parteigenossen werden ihn
in treuem Andenken behalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Beleidigung. Genosse Rudolph, Redacteur der Erfurter
„Tribüne“, soll den Direktor und den Vorsitzenden des Aufsichtsrats
der Aktienbrauerei in Neustadt a. d. Orla beleidigt haben durch die
Behauptung, daß bei der Verzählung der Brauereier Unregelmäßig-
keiten vorgekommen seien. In der Verhandlung wurde festgestellt,
daß durch den kontrollierenden Polizeibeamten die Braumenge seit
Jahren zu niedrig berechnet worden war und daß dadurch der Stadt
ein Betrag von 18 800 M. an Brauereier entgangen war. Rudolph
wurde zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Maurer der centralen Richtung beschlossen in der
gestrigen von 3000 Personen besuchten Versammlung, auf den Gauen,
wo Aussicht auf Erfolg vorhanden und eine Schädigung für die All-
gemeinheit nicht zu gewärtigen ist, eine Lohnerhöhung auf
65 Pfennige pro Stunde zu fordern.

Zur Lohnbewegung der Steinseher. Es ist den Scharf-
machern in der Berliner Steinseher-Zunft in der Versammlung
am Mittwoch (nicht Dienstag) Abend nochmals gelungen, die
Mehrheit auf ihre Seite zu bringen. Es ist allerdings dabei etwas
„sehr lebhaft“ zugegangen, eine antisemitische Stabau-Versammlung
ist dagegen ein gemüthliches Plauderabend. Ungefähr ein
Drittel der Anwesenden war für die Bewilligung der Forde-
rungen und ließ sich nur noch damit beschwichtigen, daß es
gelingen würde, vor dem Gewerbegericht noch etwas abzuhandeln.
In der Versammlung soll auch der Stadtbaurat Krause zugegen
gewesen sein. Es wird dem Magistrat in nächster Zeit Gelegenheit
gegeben werden, eine Darstellung der Arbeiter über die Ursachen
des Ausstandes zu hören.

Von Seite der Zunft wird nun hauptsächlich mit dem
angehlich hohen Verdienst der Steinseher operiert, welcher
sich auf 1500—1800 M. pro Jahr belaufen soll. Es soll auch
nicht bestritten werden, daß einzelne „Stammesgenossen“ und Arbeits-
führer einen derartigen Verdienst erzielen. Die Herren haben aber
vergessen, bei der Berechnung die große Zahl derjenigen Gesellen in
Betracht zu ziehen, die mal acht Tage bei diesem und dann nach
längerer Pause vierzehn Tage bei jenem Meister beschäftigt sind,
deren Lohn sich niemals über 500—700 M. pro Jahr erhebt.

Die Zahl der Streikenden beträgt noch immer 400. Bewilligt
hat der Steinsehermeister Winkler.

Deutsches Reich.

Der Maurerstreik in Dresden ist fast allgemein. Bis jetzt
sind 2178 Mann in die Streiklisten eingetragen; etliche Hundert
fehlen noch, da die Arbeit am ersten Tage nicht gleich bewilligt
werden konnte. Abgereist sind 130 Mann und 235 arbeiten zu den
neuen Bedingungen. Außerdem haben noch etliche 50 Unternehmer
die Forderungen bewilligt, nur wollen sie sich nicht durch Unterschrift
bis zum 1. März verpflichten. Zu den alten Bedingungen oder für
eine kleine Erhöhung arbeiten circa 600 Mann.

Barmen, 2. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die
heute stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Riemendrehern
und den Fabrikanten vor der Handelskammer führten zu der Ver-
einbarung, daß am 1. September die 10 stündige Arbeitszeit in allen
Betrieben zur Einführung kommt. Auf Grund dieser Vereinbarung
werden die Ausständigen die Arbeit wieder aufnehmen.

Krefeld, 2. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute
früh 8 Uhr traten 900 Spinner der hiesigen Aktienspinnerei in den
Ausstand. Sie fordern 20 Proz. Lohnerhöhung.

Hirsch-Dundersche und englische Gewerkschaften. In
Augsburg auf dem Verbandstag des Hirsch-Dunderschen Maschinen-
und Metallarbeiter-Verbandes ist als Vertreter der englischen Ge-
werkschaften der Sekretär derselben, Barnes, erschienen, und hat eine
große Dankrede für die Unterstützung der englischen Metallarbeiter
in ihrem Achtstundentage auf die — Hirsche gehalten!

Dazu bemerkt die „Münch. Post“: „Diese mit „lebhaftem Bei-
fall“ aufgenommenen Worte, die von dem Gesellen des Dankes für
den großen Opfermut der deutschen Arbeiterschaft eingegeben waren,
wurden gesprochen vor dem Forum einer Arbeiterorganisation, die sich
wohl dieses Vorganges freuen, aber keineswegs auf solche Belobigung
Anspruch erheben kann. Mag auch von dieser offiziell und von ihren
Einzelmitgliedern etwas gesagt worden sein: Bei dem Opfermut der
deutschen Arbeiter in dem Riesenkampf der englischen Maschinen-
bauer ist in erster Linie, ja fast ausschließlich an das edle hirs-
chere Entreten der gewerkschaftlich und politisch organisierten zu
denken. Dieses Faktum muß bei dieser Sachlage mit lauter
Stimme ausgesprochen werden und das kann gewiß ohne Ueber-
hebung geschehen. Jede Legendensbildung oder Fälschung in der
Geschichte der Arbeiterbewegung muß vermieden werden!“

Sobiel uns bekannt ist Barnes das Opfer eines Irrtums ge-
worden, den er erst gemerkt hat, als es zu spät war.

**Daß ein Streik auch im Interesse der Arbeitgeber liegen
kann,** beweist folgende öffentliche Kundgebung der Schuhmachergewerkschaft
in Düsseldorf: Der Streik der Schuhmachergesellen ist beendet, die
Meister haben sich mit den Gesellen geeinigt. Die Stiefel werden
um 10 Prozent teurer, ebenso müssen die Reparaturen einiges im
Preise erhöht werden. Da die Lederpreise in zwei Jahren be-
deutend gestiegen sind und nunmehr die Löhne der Gesellen auf-
gebessert sind, so ist es keinem Meister mehr möglich, für
die alten Preise Arbeiten liefern zu können. Es war sehr
notwendig, daß in dem Schuhmachergewerbe eine
Lohnregelung vorgenommen und die Arbeitszeit
geregelt wurde. Die Arbeitszeit der Schuhmachergesellen be-
trug bisher 12—14 Stunden, während andere Handwerksge-
sellen nur 9—10 Stunden arbeiten. Die Meister haben die Arbeitszeit auf
11 Stunden festgelegt. Die Schuhmacher ersehen daher das Vor-
sicht, auch seinerseits zur Hebung des Schuhmacher-Handwerks bei-
zutragen, indem es die Preise der Meister anerkennt.

Und doch lauert hinter jedem Streik die Hydra der Revolution!
Und doch Zuchthausgefängnis!

Das Hamburger Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in
seiner letzten Sitzung mit der Erörterung der Frage der Einrichtung
eines Arbeitersekretariats. Die Kartellkommission hatte den Kartell-
delegierten und Gewerkschaftsvorständen einen Vorschlag unterbreitet,
wonach das Arbeitersekretariat wesentlich nach dem Muster des
gleichen Nürnberger Instituts eingerichtet werden soll. Es ist in
dem Vorschlage vorgesehen die Anstellung zweier Sekretäre mit einem
Gesamtgehalt von 4500 M., eines Bureauvorstehers mit 1500 M.
und eines Bureaugehilfen mit 1200 M. Gehalt pro Jahr. In der sehr leb-
haften Debatte über den Vorschlag erklärten sich sämtliche Redner für
Einrichtung eines Arbeitersekretariats, sämtlich wandten sie sich aber
gegen die Festlegungen des Kostenanschlages bezüglich der Ge-
hälter, von denen namentlich die für den Bureauvorsteher und Ge-
hilfen als durchaus unzulänglich bezeichnet wurden. Die Kosten
für das Institut sollen durch eine Extrasteuer von 5 Pf. pro Monat
von den Gewerkschaftsmitgliedern aufgebracht werden. Es soll des-
halb aber auch das Institut nur den organisierten Arbeitern zur
unentgeltlichen Auskunftserteilung zur Verfügung stehen. Ueber den
Vorschlag der Kommission soll bis zum 31. Juli eine Abstimmung
in den einzelnen Gewerkschaften stattfinden.

**Die Lohnkommission der Brauer und Köfer der Brauerei
B. Tromber u. Co. in Hamm i. W.** ersucht und mitzuteilen, daß
die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind. Die Arbeiter
dürfen nun außerhalb der Brauerei wohnen und bekommen ein
Anfangslohn von 25 M. die Woche, nach 3 Monaten 28 M.

Ausland.

Zum Streik in Creuzot meldet Wolffs Bureau unterm
1. Juni:

Der Besitzer der hiesigen Werke Schneider machte heute folgendes
durch öffentlichen Anschlag bekannt: „Die Arbeitsfreiheit ist nunmehr
gesichert. Von morgen ab stehen alle meine Werke meinen Arbeitern
offen. Nach zweitägigem Streik lehrten vor dreißig Jahren die
Arbeiter zur Arbeit zurück und hatten nicht zu bedauern, daß sie
zu meinem Großvater und Vater Vertrauen hatten. Thut
ebenso! Diejenigen, welche die Arbeit wieder aufnehmen, werden
nicht zu bedauern haben, daß sie Vertrauen in mich setzen.“ Auf
diese Aufforderung antworteten die Ausständigen, dieselbe sei eine
Falle und bezwecke, Zwistigkeiten hervorzurufen. Das Arbeiterhand-
buch beschloß heute abend, in Ausstand zu verharren. Die Ruhe wurde
nicht gestört.

Die Aufforderung des Monsieur Schneider bestätigt vollkommen
die in unserm gestrigen Situationsberichte die von ihm gegebene
Charakteristik.

Le Creuzot, 2. Juni. (W. L. W.) Von 9200 ausländischen
Arbeitern haben in den hiesigen Werken 1200 heute morgen die Arbeit
wieder aufgenommen.

Der Besitzer der hiesigen Werke Schneider bewilligte seinen Ar-
beitern eine Lohnerhöhung von 20 bis 25 Centimes pro Tag.

Großer Streik in Rußland. Wolffs Bureau meldet: In
dem Fabrikort Trinozola bei Petersburg hatten am 24. Mai mehrere
hundert Arbeiter der dortigen Ziegel- und Zorfbauwerke die Arbeit
eingestellt. Es kam zu Ruhestörungen, welche 4 Tage dauerten und
zu deren Beendigung die gesamte Landespolizei des Kreises aufge-
boten werden mußte. Dem Vernehmen nach kam es jedoch nicht zu
blutigen Zusammenstößen.

Der Streik der jüdischen Lederfärber in Warschau, an welchem
sich zuerst 55 und später 75 Arbeiter beteiligten, ist mit einem Siege
der Arbeiter beendet worden.

Sociales.

Untersuchungen über Eisenbahn-Unfälle, deren Ursachen und
die Mittel zu ihrer Verhütung, soll in England eine königliche
Kommission anstellen. Die Kommission, bestehend aus Regierungs-
beamten und Parlamentsmitgliedern, ist von dem Handelsminister
Ritchie ernannt worden. Im Parlament war eine Adresse ein-
gegangen, in der die Einführung der automatischen Kuppelung ver-
langt wurde. Ritchie brachte auch einen Gesetzentwurf ein, der
neben anderen Bestimmungen zum Schutze der Eisenbahn-Angestellten
auch diese enthielt, zog sie aber auf Einspruch der Eisenbahn-
Compagnien ebenso wie schließlich das ganze Gesetz zurück. Nun-
mehr ist die oben bezeichnete Kommission gewählt worden, die erst
Material für ein Gesetz herbeischaffen soll; ihr gehören auch die
Arbeiter-Abgeordneten Fenwick, der Leiter des Northumberland-
Miners-Verbandes, und Hudson, der Organisator der irischen
Eisenbahner, an.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!

Für Berlin, Nieder-Barnim und Zeltow-
Weeslow sind für Mittwoch, den 7. Juni

19 Protestversammlungen gegen die Zuchthaus-
Vorlage
anberaumt.

Die Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereine werden
ersucht, an diesem Tage keine Versammlungen abzuhalten.

Nieder mit dem Zuchthausgesetz-Entwurf!
Die Vertrauensleute Berlins.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 2. Juni. (W. L. W.) Der in die Simplificissimus-
affaire verwickelte Franz Webeding, der flüchtig geworden und
wegen Majestätsbeleidigung unter Anklage gestellt war, hat sich,
wie die „Leipziger Gerichtszeitung“ meldet, heute Abend von Paris
kommend der hiesigen Polizeibehörde freiwillig gestellt.

Paris, 2. Juni. (Meldung der „Agence Havas“.) Der
Kassationshof beriet heute den ganzen Nachmittag. Dem Ver-
nehmen nach haben erst acht Mitglieder des Gerichtshofes ihre
Ansichten dargelegt. Unter diesen Umständen dürfte die Ver-
ratung auch morgen Abend noch nicht beendet und das Urteil nicht
vor Montag gefällt werden. Die Beratung dürfte sich hauptsächlich
mit der Frage befassen, ob der Kassationshof Kassation des Urteils
ohne Verweisung an ein neues Kriegsgericht aussprechen soll.

Das Schreckgespenst.

Der Gedanke eines Zukunftsstaates, wie ihn die Unternehmungsklassen wünscht, hat in dem eben eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses einen greifbaren Ausdruck gefunden.

Die Unternehmungsklassen hat die Tendenz, die persönliche Arbeitskraft zu vergegenständlichen, die Arbeiter zu Wesen zu degradieren, die lediglich als Arbeitsmaschinen des Kapitalisten Dienste zu verrichten haben.

Meine Herren, der Abgeordnete Bebel ist dann auch auf das bestehende Koalitionsverbot für Vereinigungen von Arbeitern zu sprechen gekommen. Ich glaube, wenn es in irgendeinem Lande weniger nötig ist, solche Arbeiterkoalitionen zuzulassen, so ist das in Deutschland.

Kurz hernach waren wir in der Lage, das vertrauliche Rundschreiben vom 11. Dezember 1897 veröffentlicht zu können und legten dar, daß ein Schlag gegen das Koalitionsrecht im Sinne derer von Stumm geplant werde.

Die im September 1898 angefündigte Zuchthausvorlage offenbarte den weitesten Kreisen, wohin das Unternehmertum ziele. Die Zuchthausvorlage für einen Ansturm auf das Koalitionsrecht erschien der Unternehmungsklasse besonders günstig.

Der Inhalt der Zuchthausvorlage bedeutet trotz der gegenwärtigen Bekämpfung in den Motiven die völlige Preisgebung der Koalitionsfreiheit, ja darüber hinaus eine ausnahmsweise Stellung der Arbeiterklasse, die noch weit über den Inhalt des Sozialengesetzes hinausgeht.

Es gilt, den Kampf gegen dieses Gesetz und für volle Koalitionsfreiheit aufzunehmen. Dieser Kampf ist ein Kulturkampf in dem Wortes bester Bedeutung.

Die Beschränkung des Koalitionsrechts beschränkt nicht nur die persönliche Freiheit des Arbeiters; sie leistet auch dem Arbeitwider, der Ausbeutung der Arbeiter in hohem Grade Vorschub.

Recht nehmen, es abzulehnen, nur unter den Lohn- und Arbeitsbedingungen zu arbeiten, die allein der Arbeitgeber vorschreibt.

Die Koalitionsfreiheit liegt nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse aller Schichten der Bevölkerung, im Interesse der Gesamtheit und der Kultur.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Dem von der Firma Bering u. Wächter der städtischen Verkehrsdeputation unterbreiteten Entwurfe eines Vertrages behufs Herstellung einer elektrischen Straßenbahn vom Landberger Platz nach Kummelsburg (Südbahn) hat das Magistratskollegium zugestimmt.

Lokales.

Die Einbringung des Zuchthaus-Gesetzes gemahnt die sozialdemokratische gestimmte Arbeiterschaft daran, daß sie mit neuer Energie für die Verbreitung ihrer Presse einzutreten hat.

Wer steht der Arbeiterschaft in dem Kampfe gegen einen solchen Gesetzesentwurf zur Seite?

Außer der sozialdemokratischen Presse niemand!

Benutzt niemand, auf die sie sich stützen kann. Denn die paar fortschrittlich-demokratischen Blätter, die das Zuchthausgesetz rückhaltlos verurteilen, bleiben von so unwesentlichem Einfluß, daß sie nicht weiter in Betracht kommen.

Die Presseorgane aller übrigen Parteien aber sind laue oder begeisterte Freunde des Zuchthausgesetzes.

Und die sogenannte parteilose Presse, die für den Arbeiter weit mehr in Betracht kommt als die Presse aller bürgerlichen Parteien zusammen genommen?

Wir denken, daß diese Empfehlung des Zuchthausgesetzes vollkommen genügt, um dem denkenden Teil der Arbeiterschaft über die hier abermals zu Tage tretende Volksfeindlichkeit des „Lokal-Anzeigers“ die Augen zu öffnen.

Schlagend ist durch dies Verhalten aufs neue bewiesen worden, daß die Arbeiterklasse nur in ihrer eigenen, in der sozialdemokratischen Presse einen Verteidiger ihrer Interessen hat.

der Arbeiterschaft, die sich zunächst in einer intensiven Agitation zum Abonnement auf das Arbeiterblatt zu äußern hat.

Die Parole wird lauten: Fort mit der gegnerischen Presse in Arbeiterkreisen, fort vor allem mit den gewislen, gewislen, unparteiischen Blättern!

Die Vermehrung der Stadtverordnetenliste

hat am Donnerstag die Stadtverordneten-Versammlung vor Eintritt in die Tagesordnung beschäftigt. Man ist in Verlegenheit, wo man die 18 neuen Stadtverordneten, die mit Beginn des nächsten Jahres zu den bisherigen 126 hinzukommen werden, unterbringen soll.

Unsere Schmutzplätze

haben sich in den letzten Jahren recht häßlich entwickelt. Seitdem die Wochenmärkte von den öffentlichen Plätzen verschwunden sind, ist auch die Zahl dieser Schmutzplätze erheblich größer geworden.

den Treptower Park, in dem wir bisher überhaupt keine Sandhausen für Kinder entdecken konnten. Die Parkanlagen wie die Schmied-
plätze machen den Eindruck, als ob die Parkverwaltung die
Fürsorge für das Spielbedürfnis der Kinder als
eine lästige Pflicht empfindet, der sie nur wider-
willig und nur im allerbestmöglichen Umfange
nachkommt.

**Eine Versammlung der Mitglieder der „Volks-Kranken-
Kasse“** (G. S. 126) findet Montagabend 8 Uhr bei Rüm-
mann, Brunnenstr. 188, statt. Der Anwalt der Mitglieder, Dr. Herz-
feld, wird über die Lage der Kasse r. Bericht erstatten.

Eine Vorbesprechung von Mitgliedern der bekannten verfrachten
Hilfskassen ist für Sonntagvormittag 9 Uhr bei Wille, Andreas-
straße 28, anberaumt worden.

Eine Erweiterung des jüdischen Krankenhauses in der
Kugelfischstraße ist von der jüdischen Gemeindeverwaltung in Aussicht
genommen. Die Anstalt wurde im Jahre 1884 erbaut. Von einer
Anzahl Gemeindevorsteher wird der Bau eines neuen jüdischen
Krankenhauses für Berlin befürwortet, indem darauf hingewiesen
wird, daß die Terrainschwierigkeiten einen durchgreifenden Umbau
der bestehenden Anstalt unmöglich machen, es auch gut wäre, das
Krankenhaus in eine ruhigere Stadtgegend zu verlegen.

**Mit dem Abbruch der Raben'schen Wohn- und Speicher-
gebäude** in der Weststr. 92 bis 94a ist jetzt begonnen und damit
ein sehr wichtiger Schritt zu der schließlich erwarteten Verbreiterung
der Straße gethan worden.

Die Petroleum-Laternenanzünder beschäftigen sich darüber,
daß ihnen die Zulage von 5 M. monatlich, welche die Gasanzünder
erhalten haben, nicht gewährt worden ist, obgleich ihre Arbeit viel
schwerer und schmutziger ist, als die der erwähnten Kollegen.
Hoffentlich sorgt man in kommunalen Kreisen dafür, daß auch den
Petroleumanzündern, die zum Teil über 25 Jahre im Dienst sind, ihr
Recht werde.

Für das Schmiedehandwerk tritt, soweit Berlin und die Vor-
orte in Betracht kommen, zum 15. August die Zwangsinnung
in Kraft.

Mit dem gestrigen Tage ist die Gültigkeit der Hunde-
steuermarken von 1898/99 aufgehoben und die Rangbeamten
sind angewiesen, die mit dieser Marke versehenen Tiere ohne weiteres
fortzuführen. Die neuen Marken, die von weißer Farbe und in
Zwei- oder Dreifachform, sind jedoch zum großen Teil noch nicht aus-
gegeben, da die mit der Einziehung der Hundesteuer beauftragten Erheber
mit Arbeiten überbürdet sind und der Einziehungspflicht nicht ge-
nügen konnten. — Recht häßliche Zustände.

Eine große Heberausführung gab es gestern, morgens um
7 1/4 Uhr, in einem Wagen der elektrischen Straßenbahn Treptow-
Behrenstraße. In der Wienerstraße, in der Nähe des Götlicher
Bühnenhofes, schenkte plötzlich während der Fahrt die Frau des
Reisenden Richter, die aus der Sommerstraße zu Treptow in die
Stadt fuhr, einem kräftigen Ananden das Leben. Der junge Welt-
bürger, der jedenfalls im Zeichen des Verlehrs steht, schien mit den
Einrichtungen, die er bei seinem Eintritt in das Leben vorfand, nicht
zufrieden zu sein. Wenigstens schrie er aus Leibesträften. Der
Schaffner nahm den überzähligen Gast ohne Fahrkarte bis zur
nächsten Haltestelle am Götlicher Bühnenhof mit. Dort erhielten auf
der Rettungswache Mutter und Kind ärztliche Hilfe. Dann wurden
sie in ihre Wohnung gebracht. Beide sind wohl und munter.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 16. Mai wurden in einem
Haufe der Oranienstraße 6—600 1/2 Centimeter lange und
5/8 Centimeter breite gestanzte Blechklappen gefunden. Die un-
bekannten Eigentümer wollen sich an den Wochentagen in den
Stunden von 9 bis 12 Uhr im Zimmer 38 des Polizeipräsidiums
melden.

Eine jugendliche Brandstifterin aus Köpenick ist hier ver-
haftet und in das Köpenicker Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.
Es ist dies die noch nicht fünfzehnjährige Ida Grunewald, welche
bei dem Rentier Penzler bedienstet war. Aus bisher noch un-
bekannten Motiven hat das Mädchen versucht, die Behausung des
Holzportiers in Brand zu stecken, nachdem sie zuvor Treppen und einen
Polzvorrat im Keller mit Petroleum getränkt hatte. Die Unthat
wurde glücklicherweise entdeckt, bevor das Feuer weiter um sich ge-
griffen hatte. Nach vollbrachter That war die Brandstifterin nach
Berlin gefahren, woselbst sie verhaftet wurde. Es scheint hier einer
der rätselhaften Fälle von Pyromanie vorzuliegen.

In einer Gastwirtschaft wurde gestern Abend der Kaufmann
Josef Krüger aus Leipzig vom Tode ereilt. Krüger, der sich in
Berlin aufhielt, um Holzverkäufe zu machen, fiel um 8 Uhr auf dem
Kottbuscherdamm unwohl um. Ein Schuttmann brachte ihn in die
Gastwirtschaft von Wallhoff am Kottbuscherdamm 41, wo man sich
seiner annahm. Um 7 1/2 Uhr verschied er jedoch plötzlich an einem
Verschlag.

Verschwinden. Am 7. Mai begab sich der Maschinist Friedrich
Hentel aus Müllrose nach Reglin bei Schwedt a. O., um bei der
dort einen Bau ausführenden Berliner Firma W. Hübner wegen Ver-
schäftigung anzufragen. Nachdem er sich drei Tage auf einem dort
arbeitenden Wagger ohne Beschäftigung aufgehalten hatte, verließ er
denselben, da er keine Arbeit erhalten konnte. Seit dieser Zeit nun
ist er verschwunden. Wohin er sich gewandt, ist seinen Angehörigen
unbekannt; sie befürchten, da er bis zur Zeit unverheiratet ge-
wesen, daß ein Mißfall seiner Krankheit eingetreten oder ihm
sonst ein Unfall zugestoßen ist. Hentel hatte einen Holzloffer,
seine Sachen enthaltend, bei sich, auch von diesem fehlt bisher jede
Spur. Polizeilich wird er auch seit längerer Zeit vergeblich gesucht.

Zum Verfolgungswahn sprang gestern in der achten Morgen-
stunde der 32 Jahre alte Metalldreher Adolf Vorchert aus der
Gartenstraße 40 am Schützenberg in die Spree. Der Unglückliche
glaubte, daß man ihn erflehen würde. Ein Schuttmann der Strom-
polizei rettete ihn und ließ ihn durch einen Beamten des 5. Reviers
nach der Charité bringen. Einen Abschiedsbrief an seine Frau
hatte der Kranke vor dem Selbstmordversuch in einen Briefkasten
gesteckt.

Große Aufregung verursachte gestern Nachmittag in der vierten
Stunde ein vermeintlicher Eindringling in dem Hause Adlerstraße 163.
Durch den Wächter drang ein Mann in die Stellerwohnung des
Hausbesitzers Hering ein, in der sich gerade niemand befand. Eine
Nachbarin hörte sein Geräusch und holte Hering, der sich auf dem
Hofe befand, herbei. Inzwischen war auch schon Frau Hering vom
Hofen heruntergekommen. Sie fand den Eindringling nackt im
Bette liegen, nachdem er einen Teil der Wohnungseinrichtung
zerstört hatte. Den Hausgenossen gegenüber, die nun
auf das Geräusch der Leute herbeigelaufen kamen, würgete
sich der Mann, die Räume zu verlassen, da er sich in seiner
eigenen Wohnung befände. Nun erkannte man, daß man einen
Geisteskranken vor sich hatte. Zwei Schulheuten, die gerufen
wurden, leistete der Mann heftigen Widerstand. Aus mit Mühe ge-
lang es, ihm seine Kleidung wieder anzuziehen und ihn nach der
Wache des 11. Polizeireviers in der Invalidenstraße zu bringen.
Ueber seine Persönlichkeit verweigerte der Unglückliche, ein Mann in
den zwanziger Jahren, jede Auskunft.

Beim Spielen ertrunken ist vorgestern nachmittags um vier Uhr
der sechs Jahre alte Sohn Erich des Wirtens Hofme aus der
Stephanstr. 89. Der Knabe spielte mit seiner Schwester an der
Reisingerbrücke an einem Geländer, das von einer früheren Bade-
Anstalt noch stehen geblieben ist, fiel ins Wasser und ging unter,
bevor man ihm Hilfe bringen konnte.

Zu der Berliner Bodbrauerei treten heute zuerst die Kö-
wener Säger auf.

Feuerbericht. Freitag früh 5 Uhr wurde ein größeres Lös-
aufgebot nach C u b r u h 20 gerufen, wo in der im zweiten Stock
des Quergebäudes befindlichen elektrotechnischen Fabrik vormalig

Billing u. Violet (jetzt Aktiengesellschaft) ein umfangreicher Brand
angebrochen war. Als die Wehr anlangte, standen die beiden oberen
Stockwerke, samt Dachstuhl, teilweise in hellen Flammen. Um dem
Feuer erfolgreich beikommen zu können, mußte der Angriff über zwei
mechanische Leitern hinweg unternommen werden. Erst nach fast drei-
stündiger Arbeit war die Gefahr beseitigt. Der entstandene Schaden
ist sehr beträchtlich, da auch wertvolle Maschinen vernichtet wurden.
Es ist jedoch Aussicht vorhanden, daß der Fabrikbetrieb bereits in
acht Tagen wieder aufgenommen werden kann. Gegen Mittag er-
folgte Alarm nach Wildenowstraße 16. Hier war in einem
Petroleumleiter Feuer ausgebrochen, das aber glücklicherweise erstickt
werden konnte, bevor es die Nebengebäude ergriff. Donnerstagsabend
war L o r y i n g s t r a ß e 32 ein Zimmerbrand abzulösen, der eine
ganze Zimmerumrichtung einschloß.

Aus den Nachbarorten.

In Rummelsburg hat die Arbeiterschaft einen beachtens-
werten Erfolg errungen, indem der Wirt des Lokals Café
Bellevue, Herr Robert Liebing, sich verpflichtet hat, die be-
stimmten Forderungen der Lokalkommission zu erfüllen. Nachdem somit
auch das prächtigste Lokal am Orte für Versammlungen frei ge-
worden ist, stehen der Arbeiterschaft dort alle Säle zur Verfügung
mit alleiniger Ausnahme des Restaurants Schäfers in der Haupt-
straße 87, auf das aber gern verzichtet wird.
Die Lokalkommission von Rummelsburg.

Nixdorf. In der Sitzung der Stadtverordneten-
Versammlung vom 1. Juni wurde zunächst mitgeteilt, daß der
Magistrat der Bildung einer gemeinschaftlichen Deputation, die den
Schulpflichtigen Kinder gegen schädliche Ausnutzung ihrer
Arbeitskraft erwägen soll, zugestimmt und den Justizrat
Völkner zu ihrem Vorsitzenden ernannt habe. — Eine
umfangreiche Debatte entfaltete die Verfügung des Magistrats,
durch die dem Submissionsbeschlusse der Stadtverordneten vom
18. April 1899 die Zustimmung verweigert wird. Die Stadtverordneten-
Versammlung hatte bekanntlich damals auf Antrag der Kommunal-
Reformer und der Sozialdemokraten beschlossen, daß in Zukunft an
Arbeiten oder Lieferungen für die Stadtgemeinde Nixdorf, welche im
Submissionswege vergeben werden, die Mitglieder des Magistrats
und der Stadtverordneten-Versammlung sich nicht beteiligen
dürfen. Der Magistrat begründet nun seine Zustimmung-
verweigerung damit, daß dieser Beschluß über die Bestimmungen
der Städte-Ordnung hinaus in die persönlichen Rechte der Stadt-
verordneten und der Magistratsmitglieder eingreife und
somit das Gesetz verletze. Zu der Verfügung des Magistrats
sprach als erster Redner der Genosse Keyeran. Er
legte nochmals die Gründe dar, die für den Beschluß
vom 18. April sprachen, und rügte es, daß in der
Zwischzeit eine Lieferung submissionsweise an den
Stadtverordneten Otto vergeben sei, obwohl eine
offizielle Beanstandung jenes Beschlusses der Stadtverordneten noch
nicht vorgelegen habe. Es komme ihm so vor, als habe man den
Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung durchbrechen
wollen. Es wäre besser, wenn der Magistrat nachgäbe, denn
sonst bliebe nichts übrig, als in der Versammlung fortwährend
gegen einzelne Personen vorzugehen. Im übrigen möchten sich die
in Betracht kommenden Stadtverordneten vor Augen halten, daß
sämtliche Berliner Stadtverordneten es selbstverständlich fanden, sich
nicht an städtischen Submissionen zu beteiligen. — Was
sich in längerer Ausführung nachzuweisen, daß die vom Magistrat
für seine Verfügung beigebrachten Gründe rechtlich unhaltbar seien.
— Der erste Bürgermeister Völkner trat beiden Rednern
entgegen. Der Magistrat habe die Zustimmung verweigern müssen,
weil es in dem Beschlusse der Stadtverordneten heiße, daß Stadt-
verordnete und Magistratsmitglieder sich nicht beteiligen
dürften. Das sei unzulässig. Besser wäre die Fassung gewesen,
welche die Sozialdemokraten damals für den
Beschlusse wünschten, die nämlich, daß an Stadtverordnete
und Magistratsmitglieder keine Arbeiten usw. vergeben
werden sollen. Bei einer solchen Fassung hätte der Magistrat
in eine sachliche Prüfung des Beschlusses eintreten müssen, so habe
er aber davon Abstand nehmen können. — Einige Fragen des
Genossen Mitschke wurden vom Stadtbaurat Weigand dahin beant-
wortet, daß bei der Submission, die für den Stadtverordneten, Stein-
schneidner Otto, günstig ausfiel, alles ordnungsmäßig vor sich gegangen
sei. An der weiteren Debatte beteiligten sich Abraham, der Bürger-
meister, Mitschke, Völkner und mehrmals der Genosse Keyeran. Herr
Wilschke erklärte, in Zukunft bei öffentlichen Submissionen der
Gemeinde Offerten nicht mehr abgeben zu wollen. Bei engeren
Submissionen würde er dagegen schon aus Anstandsgründen der
Aufforderung, eine Offerte zu machen, nachkommen. Schließlich
wurde einstimmig beschlossen, die Angelegenheit einer gemischten
Kommission zu überweisen. Die Versammlung delegierte die Ge-
nossen Keyeran, Wack und Mitschke, sowie die Herren
Poppe, Wilschke, Rahmig, Schmidt, Abraham in
die Kommission.

Unter „Allgemeines“ verlangte der Genosse Mitschke, daß
für die Fortschaffung der Pflastersteine von den Trottoirs der
Hauptstraßen georgt werde. Die hier seit dem Ausbruch des
Steinleger-Streiks hochaufgeschüttet liegenden Steine störten
die Passage und gefährdeten Leben und Gesundheit der Anwohner,
insbesondere der Kinder. Es sei schon dem Bürgermeister eine mit
85 Unterschriften versehene Petition der Anwohner übergeben
worden. Der Unternehmer, Steinschneidner Otto, müßte veranlaßt
werden, die Steine fortzuschaffen. Der Stadtverordneten-Vorsteher
Sander stellte dem anwesenden Stadtbaurat anheim, Mitschkes Be-
schwerde zu berücksichtigen.

Schöneberger Schulärzte. Die Anstellung derselben geschieht
nach Anhörung der Stadtverordneten-Versammlung durch den Ma-
gistrat. Jedem Schulärzte werden zur Ueberwachung zwei
Schulen überwiesen. Die Schulärzte haben die Aufgabe, die
neu eintretenden Kinder auf ihre Schulfähigkeit, auf
körperliche und geistige Beschaffenheit und auf ihren
allgemeinen Gesundheitszustand zu untersuchen, sowie sie
dauernd zu beobachten und die gesundheitlichen Verhältnisse
sämtlicher Schulklassen zu überwachen. Der Arzt hat
ferner jedes Kind, welches zur Aufnahme in die Schule
angemeldet werden soll, vor der Anmeldung auf seine Schulfähig-
keit zu untersuchen. Nach etwa halbjährigem Schulbesuche findet
eine genaue Untersuchung des Kindes auf seinen körper-
lichen und geistigen Gesundheitszustand statt. Dieser Befund ist
in einem Gesundheitsheft zu verzeichnen. Der Schularzt hat alle
14 Tage — wenn ansteckende Krankheiten auftreten, häufiger — an
einem mit dem Leiter der Schule vorher vereinbarten Tage
die ihm zugeteilten Schulen zu besuchen. Bei diesen Besuchen
werden die Kinder in Bezug auf ihre körperliche Haltung und ihren
Allgemeinzustand beobachtet und zunächst einer äußeren
Revision unterzogen. Erscheinen einzelne Kinder einer ge-
nauerer Untersuchung bedürftig, oder wünscht der Klassenlehrer eine
solche, so ist diese im Speisezimmer vorzunehmen. Besuche der
Eltern um zeitweise Zurückstellung ihrer Kinder
vom ersten Schulunterricht sind dem Schularzt zur
Entscheidung vorzulegen. Die ärztliche Behandlung erkrankter
Schulkinder ist nicht Sache des Schulrates. Bei den
Besuchen des Schulrates sind gleichzeitig auch die Schulklassen einer
Prüfung zu unterziehen. Außerdem sind mindestens einmal im
Sommer und einmal im Winter sämtliche Räume des Schul-
hauses zu revidieren. Die Schulärzte haben bis spätestens zum
15. Mai über ihre Tätigkeit in dem abgelaufenen Schuljahre dem
ältesten Schulrate einen schriftlichen Bericht einzureichen. Diese
Einzelberichte sind mit einem kurzen übersichtlichen Gesamtbericht
bis spätestens 1. Juni der Schuldeputation vorzulegen.

Ungeheures vom Amtsvorsteher v. Oppen. Ein Unge-
heures kommt über den Amtsvorsteher v. Oppen in
Adlershof. Dieser wegen seines Ordnungslampfes gegen die
Sozialdemokratie in Arbeiterkreisen hochgeschätzte Mann hatte

bekanntlich in dem Specialkriege gegen den Gastwirt Lindenhan
in Grünau eine gerichtliche Niederlage um die andere zu erleiden.
Als der Amtsvorsteher sah, daß es ihm auf diese Weise nicht
möglich sei, den Gastwirt zur Beigerung der Vergabe seines Lokals
an Sozialdemokraten zu bewegen, versuchte er es auf dem Ver-
waltungswege.

Am 26. November vorigen Jahres und ebenso drei Tage darauf
schickte v. Oppen an Lindenhan Zuschriften, in welchen das
Verbot enthalten war, einem bestimmten Vereine sein Lokal
zur Benutzung zu überlassen und ferner überhaupt noch Tanzlust-
barkeiten von Vereinen in seinem Lokale zu dulden. Wegen
des Widerpruchs hiergegen wurde Lindenhan nicht an
das Gericht, sondern an den Kreisaußschuß gewiesen.
Selbstverständlich lehnte der Gastwirt sich nicht an diese, zum Ueber-
flus noch mit einer Strafandrohung von 50 M. versehenen Ver-
fügung, doch hatte er immerhin die Mühe, wegen Aufhebung der
Maßnahmen beim Kreisaußschuß klagen zu müssen.

Das bedeutete abermals ein Malheur für den Amtsvorsteher,
denn wie zu erwarten war, hat der Kreisaußschuß die Oppenschen
Verfügungen als das was sie sind, nämlich als ungesetzlich
leiten bezeichnet, dem klagenden Amtsvorsteher recht geben und die
Kosten dem besagten Amtsvorsteher auferlegen lassen.

Herr v. Oppen gab übrigens das Spiel von vornherein ver-
loren, denn er hielt es für eine vergebene Mühe, die in der Klage-
schrift aufgestellten Behauptungen durch eine Gegenerklärung zu
widerlegen. Der Kreisaußschuß erkannte die Maßnahmen
des Amtsvorstehers schon deshalb für gesetzlich unzulässig,
weil seine Annahme, daß es sich um öffentliche Tanzlustbarkeiten
handele, lediglich auf seiner Mutmaßung beruht, zu einem Ein-
schreiten der Polizeibehörde aber nur dann Veranlassung gegeben
ist, wenn im Einzelfalle tatsächlich und erweislich die von den
Vereinen beabsichtigten Vergnügungen öffentliche Tanzlustbar-
keiten sind.

Für unsere Parteigenossen in Berlin ergibt sich aus diesem
Falle aufs neue, daß sie den Gastwirten im Amtsbezirk Alt-Grünau
in ihrer gesetzlichen Abwehr gegen die Maßnahmen des Herrn
v. Oppen nach vollen Kräften beizustehen haben. Es gilt durch
kräftige Unterstützung die alte Wahrheit zu bekunden, daß gegen
die Sozialdemokratie als die legitime Vertreterin des Rechts weder
auf gesetzlichem noch auf gesetzlich unzulässigem Boden ein Kraut ge-
wachsen ist.

In Adlershof ist Herr Wegel aus der Gemeindevertretung
aufgehoben. Es sind nämlich drei Gemeindevorsteher zu wählen.
Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung schlug 488 M. 13 Pf.
richtiger Steuern nieder. Bereits zum sechstenmal wurde dann
die Regulierung und Pflasterung der Pelzigstraße beschlossen, ebenso
die der Raddestraße. Dem Vorsteher wurde aufgegeben, sich mit
den einzelnen Adjazenten in Verbindung zu setzen. Als Entschädigung
für den Armenarzt setzte die Gemeindevertretung den Betrag von
200 M. fest. Die Stellung eines Schulrates soll dem Arzt
Dr. Urmann angeboten werden; als Honorar für Ausübung dieses
Amtes sind gleichfalls 200 M. angesetzt worden. Einen Antrag des
von Berlin nach Adlershof übergesiedelten Rectors D., ihm seine
Berliner Wohnungsmiete zum Teil zu erlassen, lehnte die Ver-
sammlung ab.

Pankow. Nachdem am 1. Mai der Genosse Emil Witz
verstorben, folgte ihm am 30. Mai seine seit vier Jahren an einer
unheilbaren Krankheit leidende Frau nach. Infolge des langen
Siechtums der Frau, sowie infolge mäßiger wirtschaftlicher Ver-
hältnisse zog sich Witz, der früher eifrig für unsere Sache eintrat, von
der öffentlichen Tätigkeit zurück. Als Mitbegründer des hiesigen
Arbeitervereins sowie als Vertreter im Gemeinderat hat er für
uns gewirkt; die Genossen am Orte werden beiden Gatten ein
ehrendes Andenken bewahren.

Einen Selbstmordversuch entschlicher Art machte eine
Rentnerfrau in der Kammerstraße in Charlottenburg, nahe beim
Zoologischen Garten. Die Unglückliche entleerte sich vollständig
und legte sich ein großes Badewasser um, das sie mit Petroleum ge-
tränkt und angezündet hatte. Die Absicht, sich so ums Leben zu
bringen, konnte sie aber nicht vollführen. Das Tuch war kaum un-
gelegt, als die Angehörigen herbeigekommen und des Feuers erstickten.
Mit zahlreichen Brandwunden bedeckt wurde die Verletzte in das
nächste Krankenhaus in Charlottenburg gebracht. Die unglückliche
Frau befindet sich bereits wieder auf dem Wege der Besserung, so
daß ihr Leben außer Gefahr ist.

Die Herstellung einer Promenaden-Grasstraße entlang der
Grenze zwischen Schöneberg und Steglitz, von der neu er-
bauten Friedenauer Brücke im Zuge der Saarstraße ausgehend und
am Söbender Bahnhof endigend, wird in der vom Schöneberger
Magistrat geplanten Weise nicht zur Ausführung kommen. Der
Magistrat hatte mit der Gemeinde Steglitz ein Abkommen getroffen,
dem die Steglitzer Gemeindevertretung auch zustimmte, wonach die
Stadt Schöneberg die Herstellungskosten übernehmen, während
Steglitz nur die Hälfte der Unterhaltungskosten tragen sollte. In
der letzten geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung
wurde die Zustimmung zu dem Projekt des Magistrats nicht erteilt,
die Vorlage vielmehr an den Ausschuß zurückverwiesen mit der
Anfrage, ein neues Projekt vorzuschlagen und hierbei eine Ver-
längerung der Knauffstraße ins Auge zu fassen.

Der alte Reichsgoldener Joachim Gehlen ist gestern vor-
mittags auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in seiner Wohnung
Kaiser Friedrichstraße 93 zu Charlottenburg verhaftet worden.
Eine Korrespondenz will wissen, daß es sich um „Erpressung“ handle,
die Gehlen in dem von ihm herausgegebenen Wochenblatt be-
gangen hätte.

Die in Spandau beobachteten Gebäude-Erschütterungen
meint man auf die ungeheure Kraftwirkung einer hydraulischen
Presse zurückzuführen zu sollen, welche in der königlichen Geschützerei
im Betriebe ist; diese Fabrik ist dem Hamburger Bahnhof und dem
von den Erdvibrantungen heimgesuchten Stadtteil benachbart. In-
folge von Vorstellungen der davon betroffenen Hauseigentümer und
Mieter hat die Fabrikdirektion den Nachtbetrieb des hydraulischen
Presswerkes einstellen lassen; daselbe ist bis auf weiteres nur noch
am Tage im Betriebe.

Ein schauriger Hund wurde vorgestern auf dem nördlichen Ge-
leise der Ringbahn unweit des Bahnhofs Charlottenburg gemacht.
Der die Straße revidierende Bahnwärter Weder fand dort zwischen
den Geleisen liegend die Leiche eines etwa 40jährigen Mannes, dem
der Kopf völlig vom Rumpfe getrennt und mehrere Meter weit
fortgeschleudert worden war. In dem Toten wurde der in der Kirch-
straße 6 zu Charlottenburg wohnhaft gewesene Arbeiter Ferdinand
Weyer rekonstruiert. Es liegt unzweifelhaft ein bis jetzt un-
motivierter Selbstmord mittels Ueberfahrens durch einen Zug vor.

Der Arbeiter-Raucherbund feiert am Sonntag, den 11. Juni,
im Lokale Schloß Weichensee sein drittes Sommerfest. Der
Vorstand will dasselbe zu einem Volksfest gestalten und hat sich der
Mitwirkung von Mitgliedern des Arbeiter-Turnbundes, des
Schwimmclubs Wortwärts, verschiedener Liedertafeln zc. versichert.
Die Musik wird von der Freien Vereinigung der Civilberufsmänner
ausgeführt; auch ist ein großes Feuerwerk vorgesehen. Der Eintritts-
preis beträgt nur 20 Pf.

Der unheilvolle Einfluß, den die Hausbesitzer in den Stadt-
verordneten-Versammlungen ausüben und der ihnen durch das Gesetz
geschützt ist, hat sich in R a r s t e n w a l d e recht dröselig bemerkbar
gemacht. Die dortige Stadtverordneten-Versammlung hatte be-
schlossen, für das laufende Rechnungsjahr 115 Proz. Zuschläge zur
Staats-Einkommensteuer und 120 Proz. zu den Realsteuern zu er-
heben; der Bezirksauschuß hat aber eine anderweitige Verteilung der
Gemeindeforderungen gefordert. Der Aufsichtsbehörde erscheint eine stärkere
Heranziehung zur Realsteuer notwendig, da viele der städtischen Ein-
richtungen und Verbesserungen der letzten Zeit in erster Linie den
Hausbesitzern zu gute gekommen sind.

Die Radfahr-Ordnung gegen socialdemokratische Flugblatt-Verbreiter. Auf einer Radtour, die der Parteigenosse Redacteur Braun und mehrere andere Genossen aus Königberg unternommen hatten, um im Kreise Königsberg-Land Wahlflugblätter zu verbreiten, waren sie auch nach Selsa-Schaale gekommen.

Ein verlassenes Hotel. Um das bekannte Hotel Töpfer am Kaiserplatz handelte es sich in einem Prozesse, der gestern vor der 189. Abteilung des Schöffengerichts stattfand. Der frühere langjährige Besitzer desselben, der jetzige Privatmann Otto Töpfer, hatte sich wegen schuldiger Körperverletzung zu verantworten.

Gehört ein solcher Mann ins Zuchthaus? Ein abstoßendes Bild aus dem Verbrecherleben wurde in einer Verhandlung vor Augen geführt, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der 30-jährige Arbeiter Ernst Krahl, ein schon vielfach vorbestrafter Mensch, hatte wiederum eine ganze Reihe Straftaten begangen.

Der plattdeutsche Dichter Klaus Groth ist am Abend des 1. Juni, 80 Jahre alt, an Nippenentzündung gestorben. Bei der Feier seines letzten Geburtstages (24. April) ist sein Leben und Dichten eingehend von uns geschildert worden.

Krahl getrennt hatte. Dieser wurde am Abend im Asyl für Obdachlose ermittelt und zur Haft gebracht.

Ueber einen auffeuerregenden Justizirrtum weiß die „Medlenburger Volkszeitung“ zu melden: Der „Kostoder Anzeiger“ bringt die Nachricht, daß die Todesstrafe des am 15. März dieses Jahres vom Schwurgericht zu Gärrow verurteilten Dienstmädchens Alwine Wiens durch die „Gnade Sr. Hoheit des Herzog-Regenten jetzt in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt“ sei.

Staatlicher Schutz der Pastorenzunft. In Kassel besteht eine „Rentnertengemeinde“, die sich von der reformierten Kirchengemeinschaft losgelöst hat. Bei der Sondergemeinde wirkt ein Pfarrer Witke, der sämtliche theologischen Prüfungen erhalten hat und auch von einem anderen Pfarrer der Rentnertengemeinde ordiniert worden ist.

Der Schmied Herr Karl Fischer, Huttenstr. 5 resp. Klostertorstr. 1 erwidert, daß er mit dem am Donnerstag unter Gerichtszeitung erwähnten Schmied gleichen Namens nicht identisch ist.

Versammlungen.

Die ausständigen Steinseher hielten gestern nachmittags 8 Uhr im Rümmerischen Lokale eine Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu den Bedingungen, von denen die Innung ihrerseits die Anrufung des Gewerbegerichtes als Einigungsamt abhängig gemacht. Danach sollen die Streitenden die Arbeit erst aufnehmen, und dann will die Innung das Einigungsamt anerkennen.

Vertichtigung. Es wird uns berichtet: „In dem Bericht des „Vorw.“ in der Dienstagnummer über die Versammlung der Bauarbeiter muß es heißen: ... es müsse ein Minimallohn von 60 Pf. pro Stunde (statt 35 Pf.) für die an Maschinen beschäftigten Bauarbeiter angestrebt werden.“

Vermishtes.

Der plattdeutsche Dichter Klaus Groth ist am Abend des 1. Juni, 80 Jahre alt, an Nippenentzündung gestorben. Bei der Feier seines letzten Geburtstages (24. April) ist sein Leben und Dichten eingehend von uns geschildert worden.

Bei der Fronleichnam-Procession ereignete sich vorgestern in Rülheim a. Rh. ein bedauerlicher Unglücksfall. Eine große Anzahl Rachen, sowie mehrere dichtbesetzte Schiffe umkreisten, wie alljährlich, ein größeres Schiff auf dem Rhein, auf welchem sich die katholische Geistlichkeit, sowie die Kommunionkinder befanden.

Gelbes Fieber. Aus Bremen haben wir berichtet: Während der Heimreise des Hochdampfers „Trier“ von Südamerika sind der zweite Offizier Stauff und der dritte Offizier Schnur am gelben Fieber gestorben. „Trier“ wurde hier in Quarantäne gelegt.

Ueber ein folgenschweres Eisenbahnunglück wird aus Blißingen berichtet: Infolge Bruchs der pneumatischen Bremse fuhr gestern nacht der Postzug in den Wartesaal des Bahnhofes hinein, nachdem er Wände und Türen zersplittert hatte. Zwei Schaffner wurden getötet, zwei Maschinenführer schwer, ein Passagier leicht verletzt.

Ueber bedeutende Betrügereien, durch welche verschiedene Bankgeschäfte geschädigt worden sind, wird dem „Berl. Tagebl.“ aus London gemeldet: Die Zweiganstalt der Oesterr. österr. Bank in Paris wurde um 150,000, die Bank von Holland in Antwerpen um 30,000 und die London and County Bank um 70,000 £ durch falsche Cheques auf die Fidelity Company in Brasilien betrogen.

Der Schweizer Bundesrat hat die Stadt Alexandria in Ägypten als vertrieben erklärt. Infolge dessen findet die Verordnung betreffend das Einfuhrverbot von verdächtigen Waren aus pestverdächtigem Ägypten auch gegen Probenzungen aus dem Dajen von Alexandria Anwendung.

In dem an der Simbirsker Zweiglinie der Moskau-Kasan-Bahn gelegenen Dorfe Sjulium brach gestern nach dem Passieren eines Eisenbahnzuges Feuer aus, durch welches die halbe Ortschaft in Asche gelegt wurde. Die erbitterten Bauern warfen einen später vordringenden Zug mit Steinen, infolgedessen werden jetzt die Züge von Gendarmen begleitet.

Marktpreise von Berlin am 1. Juni 1899

Table with 4 columns: Commodity (Weizen, Roggen, etc.), Unit, Price, and another Price. Includes sub-sections for Schweinefleisch, Kalbfleisch, etc.

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Kollernstraße - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

†) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 2. Juni. Roggen zog um 1/2 M. an und schloß für Juli 146, M., für September 143, M. Weizen war trotz reichlichen und willigen Angebotes inländischer Ware ebenfalls befestigt und wurde für Juni um 1 M. höher, mit 161, für September mit 160, bewertet.

Berlins Getreide- und Mehlzufuhren zu Wasser vom 1. Juni mittags bis 2. Juni mittags betragen 367 Tonnen Weizen, 176 Tonnen Roggen, 168 Tonnen Hafer, 182 Tonnen Gerste, 1721 T. Reis, 1220 T.-Gr. Roggenmehl.

Kartoffelabrufate. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kilogramm Brutto incl. Sack 10,30. Prima trockene Kartoffelstärke und Mehl 20,50 M. Supra trockene Kartoffelstärke - M. Kartoffelmehl 20,50 M.

Witterungsüberblick vom 2. Juni 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Station, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Temp. in F. Lists stations like Stolmenbe, Hamburg, Berlin, etc.

Weiter-Propgnose für Sonnabend, den 3. Juni 1899. Warm, teils heiter, teils wolkig bei schwachen südwestlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.

Berliner Witterungsbureau.

Advertisement for Wilhelm Schröder, mentioning a death notice and funeral arrangements.

Advertisement for Deutscher Metallarbeiter-Verband, mentioning a death notice and funeral arrangements.

Advertisement for Blumenhandlung P. Abromeit, listing various floral products and services.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein Saal, Alte Jakobstr. 75:

Mitglieder = Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Etwas vom Gewerkschaftskongress. Referent Kollege E. Brückner.
2. Wichtige Verbandsangelegenheiten.
Wir ersuchen alle Mitglieder, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen, da unter Verbandsangelegenheiten sehr wichtige Beschlüsse zu fassen sind.
Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin.)
Montag, den 5. Juni 1899, abends 8 1/2 Uhr, in der „Berliner Neuhof“, Kommandantenstraße 67:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtigen Kämpfe der Metallarbeiter in Deutschland und Dänemark. 2. Beratung und Beschlussfassung des neuen Ortsstatuts. 3. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Vertrauensleute sind verpflichtet, allen Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandigen.
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig!
Die Bibliothek, welche durch umfangreiche Neuwerbungen jetzt mehr als 2000 Bände zählt, befindet sich im Verbandsbureau, Kamenstr. 39, pt., und ist geöffnet täglich in den Bürostunden von 9-1 Uhr vormittags und von 4-7 Uhr nachmittags; außerdem Dienstags und Donnerstags von 7-9 Uhr abends.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Verband der Sattler und Berufsgenossen.
Diejenigen Kollegen, welche noch Billets von unserer Dampferpartie nach Berlin, am 11. Juni, in Händen haben, werden ersucht, bestimmt spätestens bis heute abend resp. Dienstag in der Versammlung damit abzurechnen wegen event. Nachbestellung weiterer Dampfer. 156/17
Das Komitee.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Hermannstr. 197:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Varow über: „Wie schützt man sich gegen Krankheit?“ 2. Die Bedeutung der Thatsachen durch die bürgerliche Presse. 3. Wahl 4. Verschiedenes und Ausgabe der Billets zur Dampferpartie am 2. Juli nach Hessewinkel. 140/11
Der Vorstand.

Neuestes (19780*)
Rabatt-Spar-System.
Von heute ab erhält jeder Käufer das verbesserte **Rabatt-Sparbuch gratis.**
Kaufhaus Max Mannheim
Berlin O.
Frankfurter Allee No. 89.

Achtung! Former. Achtung!
Sonntag, den 4. Juni, mittags 12 Uhr, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:
Grosse öffentliche Versammlung
der Former und Berufsgenossen.
Tages-Ordnung:
1. Kenntnisnahme der Urabstimmung. 2. Beschlussfassung über die weiteren Schritte, die wir zu unternehmen gedenken. 3. Verschiedenes.
Kollegen! Der Feen-Balast und Sticherid Hotel waren nicht zu haben, wir mussten deshalb Kellers Festsäle nehmen. — Die Fahrverbindung ist von allen Stadtteilen Berlin sehr günstig, mit der Stadtbahn mit auch mit der Pferdebahn.
Der wichtigen Sache halber ist es nötig, daß Ihr Mann für Mann, von jeder Werkstätte erscheint.
Z. A.: August Plath.

Maschinen, Heizer und Berufsgen.
Am Sonntag, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, in Cohns Festsälen, Deuthstraße 19/20:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Referent Gen. Paul Jahn. 2. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission nebst Stellvertreter. 3. Verschiedenes. 138/10
Der Einberufer.

Allgem. Volks-Krankenkasse
E. H. 126 I. L.
Montag, den 5. Juni 1899, abends 8 Uhr, bei Rämam, Brunnenstraße 188:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Berichterstattung.
Der ehemalige Vorsitzende Herr Schiele ist hierzu eingeladen. 387b
Z. A.: Roggemann.

Gewerkschaftshaus.
Unsere Geschäftsstelle befindet sich von heute an 276/6
Invaliden-Strasse 118.
Energiegebäude 2 Treppen.
Geschäftsstunden vormitt. u. 9-12 Uhr.
Gewerkschaftshaus
(Gesellschaft mit beschr. Haftung.)
Hagen. Millarg. Sassenbach.

Technikum Eutin,
Maschinenbau-, Baugewerk-, Tiefbau-, Wege- und Bahnmeister-Schule mit Praktikum.
Abiturienten anderer Hochschulen finden im Praktikum weitere Ausbildung. Spezialkurse zur Vertiefung der Schulzeit. Progr. kostenlos durch die Direktion. 81/18*

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
Norgen 7 Uhr Steuerhaus, Tempelhofer Feld, nach Trebbin (36 km).
Die Trebbiner erwarten zahlreiche Beteiligung.
Donnerstag: **Versammlung** Kolbergerstr. 23 11/8
Der Vorstand.

gegr. 1887. **Siegfr. Simonis.** 1887.
Uhren-, Gold-, Silber- und Alfenidewaren-Lager.
NW., Turmstr. 69 I.
Größtes Lager aller Arten Uhren. Steier Eingang v. Reubenen. Reparaturen an Uhren, Goldwaren u. Kunstwerken werden in kürzester Zeit sauber und billig ausgeführt. Alles Gold wird in Zahlung genommen.
Unfallfaden, Kragen, Eingaben
Putzger, Stalhoferstr. 65.

Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbockwagen, Kindertische, Kinderklappstühle, Krankwagen, auch teilweise für Erwachsene u. Kind., Triumphstühle, Reise- u. Papierkörbe, Blumentische, Korbwaren jeder Art, Kinderbettstätten. Größtes Lager Berlin.
Auf Kinderwagen gest. Teilzahlung. A. W. Schulz, Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldthain, 3 Min. v. Bahn. Gesundbr. Fernspr. Amt III. 1767.
Musterb. grat. u. fr. Bitte auf Nr. 95 z. achten. 95

Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche
ausschließlich eigenes Fabrikat. — Spezialität: Arbeiter-Berufs- Kleidung: Blau Körper-Jacken R. 1,95, steigend je nach Größe um 10 Pf. Blau Körper-Hosen, in allen Längen, R. 1,65. Arbeiterhemden, Blusen, Wäckerlittel u. Monturhemden. D. Wurzel & Co., Weingelstr. 17.
Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. (18419*)
Prima Qualität 1,50 und 2,-.
Die beliebtesten **Arbeitshüte** tummer noch 65 Pf.
früher Barnimstr. 4 u. 5, jetzt Kaiserstrasse 25 A.
Hutfabrik-Comptoir

18908*
Hans Kayser
Gürtler Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsguelle für Press- u. Steinkohlen.
-Räder, Fahr-Radbestandteile, Radreparaturen reell und billigst
in der Fahrrad-Fabrik
Frankfurter Allee 131.

Seefische
sind das beste und billigste Volksnahrungsmittel, ersetzen das Fleisch vollständig und sind überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns, Schellfische in allen Größen per Pfund	12-15 Pfg.	grosse im Ausschnitt	20 Pfg.
Gabliau zum Kochen wie zum Braten	12 Pfg.	im Ausschnitt	15 Pfg. pro Pfd.
Seelachs do.	25	do	30-33
Austernfisch, sehr fein	25	do	35-40
Seezungen in allen Größen			1,00-1,50 Mk.
Steinbutten in allen Größen			0,90-1,20
Heilbutten in Exemplaren von 5-200 Pfd.	50 Pfg.	im Ausschnitt	60-65 Pf.
Petermännchen (Rouge sehr fein)			30-40 Pf. pro Pfund
Goldbars (feiner als Zander)			30-40
Knurrhahn (Seeforelle)			25-30
Rotzungen, bester Ersatz für Seezungen			30-35
Schollen (Goldbutten) sehr fein			20-25
Bratfludern (Malschollen)			15-20

Geräucherte Schellfische 25 Pf., Roche — bester Ersatz für Stör — 50-60 Pf., Seelachs 40 Pf., Fludern 60 Pf., Petermännchen und Knurrhahn 60 Pf. per Pfund.
Marinaden: Delikatess - Fischkotelettes
— gebraten und mariniert — in Blechdosen v. 17 Pfd. Mk. 3,75, kleinere 8-Pfd.-Dosen Mk. 2,20, pro Stück 10 Pf.
Delikatess-Bratschellfisch (wie vor.) 17-Pfd.-D. Mk. 3,75, 8-Pfd.-Dose Mk. 2,20, pro Stück 10 Pf.
Neu! Fischhälbe 8-Pfd.-Dose 3,25 Mk. und Neu! 60 Pf. pro Pfd.
Deutsche Dampfischerei-Gesellschaft „Nordsee“.
Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 10/11, am Wilhelmplatz.
No. III. Berlin NW., Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnhof 338/9 (Centralbahnh.)
No. IV. ImSchlesischen Bahnhof, Madalstr. 22.
No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorferstrasse.
No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.
Seefisch-Kochbücher erhalten Käufer umsonst.
Vertreter für Berlin: Johs. Skorzycy.

Kleine Anzeigen. Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 14 Buchstaben zählen doppelt. Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Reuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Edelstilleation. Gegen Jammortwische, Vereinsstatut organisierter Arbeiter, nachweislich gutgehend, hochfein eingerichtet, Biete 1300, wegen Uebernahme einer Sattlerei außerhalb für 2000 Mark veräußert. Brauerei blüht. Erstfragen Comptoir, Holzmarktstraße 40. 9-7, Sonntag 10-12. 401b
Möbel und Volkswaren, auch ganze Einrichtungen empfiehlt Franz Lühner, Brunnenstraße 152. (19790*)
Styppdecken kauft man direkt vom Anfertiger. Schmeizler, Blumenstraße 13. 1987c*
Woll- und Baumwoll-Abfälle jeder Art kauft Broderick, Oppenheferstr. 10, parterre. 1479d
Fahrräder in allen Preislagen, Zubehör bekannt billig. Reparaturen. Otto Feinze, Brückenstraße 6b. (1968*)
Fahrräder! Hochseine, elegante, stabile deutsche Maschinen. Garantie 12 Monate. Umhändeholzer 130 Markt. Fabriknebelage Oranienstraße 33, II.

Fahrrad (Goldbrenner), gut erhalten, verkauft für 80 Mk. Linener, Boeckstraße 44. 378b
Galbrenner und Damennaschine, stabil, hochseine emailliert und vermindert, mit Continental-Pneumatic und Präzisionslager, verkauft spottbillig. Fabrikgarantie noch 10 Monate. Große Frankfurterstr. 146. III, rechts. (87/16)
Kleiderständer, Wäschebügel, Komode (gebraucht) zu kaufen gesucht. Ostern Oranienstraße 65, Expedition. 17
Styppdecken am billigsten in der Fabrik Große Frankfurterstr. 9 parterre.
Planino, hochgediegen, Kleiderschränke, Sopha, Komode, Wäschmaschine, Säulenarmatur, Kinder-sportwagen, Rarmortollette, spottbillig. Genthinerstr. 23, Behner. (3633*)
Amelienener, frische, Alter 95 Pf., Sager, Andreasstr. 39. 305b
2 Phonographen billig zu verkaufen. Hoffmann, Barbier, Marleneburgerstraße 24, 12-1 Uhr. 370b
Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnischer Abendkurs für Praktiker beginnt 6 Juni, abends 8 Uhr. Bestenweise, keine Vorlesung. Schulprüfung, Abgangszertifikat, Stellenvermittlung. Honorar möglich. Anmeldung persönlich. Jodsons Elektrotechnik. Alte Jakobstr. 24. 368b
Thätiger Teilhaber wird in einer Dampf-Tischlerei umgegend Potsdam, welche einen Wasserkraft nach Berlin fabriziert, gesucht. Bewerber Artikel soll durch einen Teilhaber höher in der Fabrikation ausgebildet werden. Schriftliche Offerten erbitte unter X 1 durch die Expedition des Blattes. (402b)

Parteiensuche sucht ein Darlehn von 100 Mk. kurze Zeit gegen Sicherheit und Zinsen. Gefällige Offerte G. 40, Postamt 31, Uebomstraße.
Wünsche Montag, Freitag, Sonnabend (event. auch Sonntag) die Leitung eines Selang-Vereins zu übernehmen. Rud. Nummer, Königbergerstraße 98, vorn I. 371b
Vereinszimmer, 20 und 40 Personen. Ernst Vier, Alte Jakobstr. 119. 1904d*
Kottbulerbaum 33, Fritz Schmidt, Vereinszimmer, auch zu Jagdschloß zu vergeben. 1931d*
Vereinszimmer, 40 Personen fassend, frei. Gustav Padewitz, Kommandantenstraße 63, nahe Alte Jakobstr. 1902d*
Vereinszimmer zu vergeben. Restaurant „Lindenhof“, R. Dent, Lindenstraße 72. 373b
Wieder, Brecht, Brodhaus und alle anderen Bücher beiseit und kauft Antiquariat Kochstraße 56, Amt IV 895.
Naturmilch, von Weibschiden, ein Liter 15 Pfennig, Stallweidenstraße 53, ehemaliger Hirtenhube.
Schuhmacher erhalten Schäfte gut und preiswert bei Hermann Krawke, Randweberstraße 34-35. 355b
Kind findet Pflege Wendt, Prinzenallee 46, Seitenflügel IV. (47)

Schlafstellen.
Freundliche Schlafstelle für Herrn oder 2 Damen bei alleinlebender Frau Herzog, Staligerstr. 144, Hof 1 Treppen.
Möblierte Schlafstelle für Herrn Urbanstraße 87, vorn, 1 Treppe, bei Witwe Waldmann.
Möblierte Schlafstelle für 1 Herrn bei Weder, Admiralstraße 26, vorn, 2 Treppen.
Saubere Schlafstelle, separater Eingang, für Herrn, Rotbueferstraße 2, vorn, 3 Treppen, bei Womick.
Arbeitsmarkt.
Stollengesuche.
Zunge Beschäftigung, wie Handreinigung, als Wirtschafterin oder als Hilfe in Restaurant, Übernahme auch christliche Arbeiten. Frau W. Gude, Weihensee, Voßbringerstraße 28, II.
Klavierpieler für Sonnabend und Sonntag verlangt Benfelfstraße 57. 711*
Selbständiger Arbeiter aus der Spiritus-, Rad- und Farbenbranche sucht Beschäftigung. Gefällige Offerten erbitte unter D. 200 Annahmestelle des „Vorwärts“, NW, Salzweberstraße 8. 711

Lithographen, in größeren Kleide- und Federarbeiten geübt, verlangt Chromolithograph, Kretler, Schwanenstraße 16, I. 399b
Geübte Kofferarbeiter verlangt Goldmann, Admiralstraße 9. 390b
Einen Rasenmäher auf Verlewaren verlangt Goldmann, Admiralstraße 9. (57/15*)
Wasserleitung verlangt, Fuß, Schmidtstraße 23. 350b
Mannfeld auf bessere Capes verlangt Georg Rosenber, Niederwallstraße 10. 337b
Karton-Arbeiterinnen, geübt, verlangt sofort Kartonfabrik Marxstraße 50. (332b)

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Robert Wengels, Fruchtstr. 30, O.
E. Vogel Wwe., Kopenstr. 63.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Reul, Barnimstr. 42.
Norden:
W. Gahmann, Genthinerstr. 64/65.
Karl Wiers, Kottbener Allee 65/66.
Emil Stolzenberg, Wiesenstr. 14.
E. Debusch, Rübelpfahstr. 24.
H. Tiesch, Jandolinerstr. 124.
G. Vogel, Demmlerstr. 32.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweberstr. 8.
Südwesten:
F. Ohnacker, Bergmannstr. 23, O. II.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
Hans Baake, Dresdenstr. 52/53.
F. Guttschmidt, Kottbener Damm 9.
Südosten:
Fritz Thiel, Staligerstr. 35.
W. Geise, Wangelfstr. 58.
Marin Wechs, Waldenstr. 24.
Centrum:
F. Gorch, Gipsstr. 27.
Charlottenburg:
Gust. Schwanberg, Schillerstr. 94 I.
H. Tiesch, Kaiser Friedrichstr. 37 b.
Friedenau:
G. Bernice, Kirchstr. 15.
Friedrichshagen:
Anton Kopp, Friedrichstr. 4.
Pankow:
Kammert, Kaiser Friedrichstr. 15.
Rixdorf:
G. Ostermann, Gräfstr. 6.
E. Neumann, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Willy Sämann, Rospel Paulstr. 13.
Weissensee:
Georg Bachmann, Reberstr. 1.

Aus der Frauenbewegung.

An die Arbeiterinnen des Berliner Nordens. Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse will den Arbeiterinnen des Nordens Gelegenheit geben, seine Bestrebungen kennen zu lernen. Zu diesem Zwecke veranstaltet er eine Mitgliederversammlung, welche Montag, den 5. Juni im Victoria-Garten, Wadstr. 12, stattfindet und zu der hierdurch Gäste eingeladen werden. Frau Jepsler wird über das Thema: „Welchen Wert hat die Bildung für die Arbeiterin?“ sprechen.

Arbeiterinnen! Es werden hier eure wichtigsten Lebensinteressen behandelt! Wie manche von euch, die sich Gedanken über die Erziehung ihrer Kinder macht, findet nirgends Rat und Hilfe. Eure Sehnsucht nach geistiger Beschäftigung bleibt ungestillt. Wir haben die Hoffnung, euch wenigstens einen Teil von dem, wessen ihr bedürft, geben zu können. Wir fordern die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse auf, recht zahlreich unserem Verein beizutreten. Der Vorstand.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Nixdorf hielt Donnerstag, den 1. Juni, seine Mitgliederversammlung im Peters Salon ab. Herr Dr. Silberstein sprach über „Minderelend im Proletariat“. Er schilderte das Elend der Proletarierkinder in drastischer Weise und erregte für seinen Vortrag reichen Beifall. Diskussion fand nicht statt. Im Verlaufe der Versammlung wurde bekannt gegeben, daß die Versammlungen in den Monaten Juli und August ausfallen, dafür aber einige gemeinschaftliche Ausflüge unternommen werden sollen, was allgemeinen Anklang fand. Der nächste erste Ausflug findet am 18. Juni nach Jockumsthal statt. Treffpunkt vormittags 10 Uhr am Nixdorfplatz. Außerdem zur Kenntnisnahme, daß sich die Zahlstellen für Beiträge bei der Kassiererin Frau Weiser, Kniebeckstr. 108, bei Frau Harnisch, Steinmeystr. 27, Hof 1 Tr., und bei der Vorsitzenden des Vereins, Frau Jäger, Weiserstr. 75, v. 1 Tr. befinden. Neue Mitglieder werden ebenfalls dort aufgenommen.

Unternehmer-Verbände.

Ein Unternehmerverband für das Baugewerbe hat sich in Bielefeld und Umgegend gebildet, dem sich fast sämtliche Unternehmer des Raumes angeschlossen haben. Er will vor allem „gesehliche Zustände“ zwischen Arbeitern und Unternehmern herbeiführen. Das heißt gesehlich für die Unternehmer.

Kunst und Wissenschaft.

Metropol-Theater. Was die Oberen vernachlässigen, holen allmählich die Unteren nach, erst verachtet, mißachtet, dann immer freizüher. Unsere Hof- und vornehmlichen Bürger- und Bildungsbildner machen es wie die Kunstakademien und älteren Kunstausstellungen: sie zehren an einem Klassizismus, während längst schon im gemächlichen Treiben der Maler, in kleinen mehr privaten Versuchen, an Unterhaltungsstätten usw. ein frisches Leben sich regt. Wie muß sich nicht eine moderne Dramatik drücken lassen, ehe sie an ihre gebührende Stelle kommt; wie fest halten nicht unsere ersten Opernbühnen am alten sozuziagen ornamentierenden, (choreographischen) und phantastisch-phantastischen Ballett, während auch hier der „Griff ins volle Menschenleben“ so nahe liegt und andererseits auch schon getan ist! Finden wir im „Königlichen Opernhaus“ nicht, was wir suchen, so geben wir unmutig dahin, wo uns nicht Kunst, sondern Unterhaltung, nicht Drama, sondern eine „heitere Revue“ versprochen wird; ins königliche Metropol-Theater. Und hier fanden wir, was wir hier nicht suchten — eine Spur moderner musikalischer Bühnenkunst — als am 1. d. M. ein Stück mit dem Titel „Berlin last“ seine Premiere erlitt.

Sein kunsthistorischer Zwang hinderte Herrn Julius Freund daran, aus allen brauchbaren Berliner Orts- und Theaterzeichnungen ein buntes Stück zusammenzusetzen, und Herrn Julius Einödshofer, eine flotte Maske dazu zu schreiben. Von den hohen „drei Einheiten“ des Dramas ist die der „Handlung“ kaum so weit da, wie in „Ballenstins Loger“; die „Einheit“ der Musik ist gerade so groß, daß nur wenig Gesprochenes bleibt, daß die „Couplets“ sich ins Ganze einfügen und daß eine gewisse Eintönigkeit, ein Mangel an Charakterisierung all des Vertriebenen, vielleicht als einziger Gegenstand kritischen Tadels übrig bleibt.

Im ersten „Bild“ eine Lottarie; Wilhelm, ein Berliner, gewinnt als Haupttreffer eine Affie; darin Guste, eine Berlinerin. „Rund ist die Angel, rund ist die Welt.“ Und dann das, auch zuletzt wiederkehrende Bild von der Berliner Pflanze! Im zweiten, wohl dem wertvollsten Bild, eine lange Reihe Berliner Strahenweiser; inmitten all der Freude der auf Befähigung wartende Bürgermeister („Vergessen“, u. s. w.). Unter den vielen Personifikationen auch der „Tiergarten“, in besonders reizendem Kostüm und mit einem hervorragend schönen Schmuckstück. Unter den Gesangsnummern eine mit zahllosen Reimen auf „Hinter dem Viehhäus“, wobei das ganze Stück unter der Bezeichnung von Kunst und Unterhaltung und unter einem häufigen Herabfallen ins Kleinliche-Komische und Inmotiviertere, so ist dies besonders im dritten Bild der Fall; zumal der Versuch, unsere Presse als Ballett vorzuführen, läßt uns wieder aus Anlaß zu einer witzigen Darstellung ins Tanzornament fallen. Selbst die reichen Kostüme; halb waren sie Charakterkleider, halb Ausstattungskleider.

Nach die ausübenden Künstler — beispielsweise die „A. Raafgrafen“ — hätten besser getan, weniger „aus der Rolle zu fallen“, und von südländischer Komik hätte wieder eine gute Portion not getan, auch in den dem Theaterfach vorangehenden Aristokratischen Stücken. Aber schon der tollkühnere Zug des Ganzen erleichterte den Darstellern den Erfolg. Unter den vielen seien genannt die Herren Frid Helmerding („Wilhelm“) und Hugo Hummel („Schauermann Lehmhubl“ und „Hubmann Deutsch“); unter den tanzenden Darstellern unserer Alkoholfreien Eugen Chlebus und Martha Hildebrandt; unter den Sängern Frid Frid in der Hauptrolle der „Guste“ und Asta Hilton in mehreren Nebenrollen. Ueber ihr Gesangsformen möchte man freilich noch ein Wortchen verlieren; aber wie lange Reden möchte man dann verhältnismäßig anderswo verlieren? Der Erfolg war groß genug, um das mehrmalige Erscheinen der Autoren und des Direktors zu rechtfertigen.

„Was aber nun?“

Soziale Rechtspflege.

Der Lehrvertrag der Plättanstalt. Die Firma Buchholz klagte gegen die Plättanstalt N. auf Erfüllung eines mit ihr abgeschlossenen Lehrvertrages. Vor der Kammer I des Gewerbegerichts, die sich mit der Sache zu beschäftigen hatte, wandte die Beklagte ein, sie vertrage die schwere Plättarbeit nicht. Das Gericht erwiderte die Beklagte, ein ärztliches Attest über ihren Gesundheitszustand beizubringen. Im neuen Termin gab die Beklagte an, daß sie am Tage vorher beim Arzt gewesen sei und daß dieser ihr gelagt habe, sie solle nach einigen Tagen wiederkommen. Der Gerichtshof verurteilte sie darauf, das Lehrverhältnis bei der Firma Buchholz fortzusetzen, und der Vorsitzende Dr. Leo führte begründend aus: Die Beklagte hätte beweisen müssen, daß sie unfähig sei, ferner noch zu plätten. Von 11 Tagen habe sie sich nur den letzten ausgeguckt, um zum Arzt zu gehen, und jetzt könne sie nur mitteilen, daß sie nochmals zu dem Sachverständigen kommen solle. Hierin könne der Gerichtshof nur eine abschließliche Verurteilung sehen. Ob die Beklagte später plätten könne oder nicht, habe das Gericht jetzt nicht mehr zu prüfen. Es komme jetzt vielmehr lediglich auf die Aus-

legung des Vertrages an, und nach diesem sei Fräulein N. verpflichtet, in die Lehre zurückzukehren.

Das Fahrrad des Unternehmers. Ein Grund zur sofortigen Entlassung ist nach einer Entscheidung der Kammer VII des Gewerbegerichts dann gegeben, wenn ein gewerblicher Arbeiter in seinem Privatinteresse das Fahrrad des Prinzipals ohne dessen Erlaubnis benützt.

Versammlungen.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach am Montag, den 29. Mai Herr Dr. Penzig über das Thema „Die Strafe in der Erziehung“. Der Referent betrachtete zuerst die Bedeutung der Strafe als Versuch zur Besserung und beantwortete die ferneren Fragen: warum, wo, wie und wofür strafen wir, mit dem Grundgedanken: daß es vielfach auf das Temperament der Erzieher ankomme, die Strafe allemal nur dann wirksam sei, wenn sie gerecht erfolge. Prügelstrafe müsse absolut, sowohl im Hause wie in der Schule schwinden, dagegen andere Strafen wie Freiheitsstrafen, Entziehung von Nebenbissen u. s. ganz angebracht seien. Der wirksamste Erfolg würde dadurch hervorgerufen, daß der Erzieher über Fehler des Zöglinge Traurigkeit zeige. Ferner sei außer dem Verweihen und Strafen das vernünftige Wort eine gute Erziehungsmethode, weil sich stets Belehrung daran knüpft. Auch an dem guten Beispiel, vereint mit herzlicher Liebe und Entgegenkommen, dürfe man es bei der Erziehung nicht mangeln lassen. Auf dem Gebiete des Schulwesens fehle es den Eltern sehr an Kenntnis und Einfluß; die Schule sollte die vornehmste Erziehungsanstalt für unsere Kinder sein. Der Referent schloß mit dem Wunsch, daß die Ideale der Kindererziehung recht bald zur Wirklichkeit werden. An der mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine interessante Diskussion. Sämtliche Redner und Rednerinnen waren sich darüber einig, daß es recht wohl auch ohne Prügelstrafe in der Erziehung gehe; zum Teil sprach man sich auch gegen jede Strafe aus, weil dadurch nur Neid erzeugt werde. Ferner wurde auch darauf hingewiesen, daß der größte Teil der Mütter, in deren Händen die Erziehung liege, garnicht im stande sei, genügend Erziehung ihren Kindern zu geben, weil ihnen die wirtschaftlichen Verhältnisse ihren Platz in der Hausindustrie und in der Fabrik anweisen. In seinem Schlußwort stimmte Dr. Penzig zum großen Teil den Rednerin und Rednerinnen zu und hoffte, daß allmählicher Fortschritt, mit dem wir schon heute anzufangen haben, alle unsere Ideale erfüllen würde. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde noch bekannt gegeben, daß Ende Juni ein gemeinsamer Ausflug geplant sei. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Die Bäcker hatten am 30. Mai eine öffentliche Versammlung einkufen, welche sich mit der Reichertstellung über den Kongreß der lokalorganisierten Gewerkschaften in Braunschweig, wie mit der jetzigen Streikbewegung beschäftigte. Most berichtete eingehend über den Verlauf des Kongresses, und wurde sodann folgende Resolution von den Versammelten einstimmig angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des dritten Kongresses der durch Vertrauensmänner centralisierten Gewerkschaften einverstanden, sie vertritt, soweit es in ihren Kräften steht, für die Verwirklichung der Beschlüsse, wie für rege Agitation unter den der Lokalorganisation noch fernstehenden durch thätigste Propaganda einzutreten.

Nach diesem Punkt referierte Althoff über die Streiks und ihre Bedeutung. Redner ging auf die Streikbewegung des letzten Jahres, auf die Lasten, welche man unter den verschiedenen Gewerkschaften empfinde, und auf das öffentliche Zusammenhalten ein. Unter „Verständenes“ berichtete Schneider über den Verlauf, den Zweck und die Bedeutung des Tuberkulose-Kongresses.

Ueber die Ausbeutung des Proletariats durch die Krankenzufuhrer wurde in einer Volksversammlung verhandelt, welche am Montag nach dem Hellerischen Festspiel einkufen worden war. Wegen zu schwachen Besuchs nahm man jedoch von der Verhandlung Abstand.

In einer öffentlichen Versammlung der Tischler, lokaler Richtung, die am Dienstag tagte, referierte Thiemer über Gewerkschaftsorganisation. Redner erinnerte in seinen Ausführungen zunächst an den verstorbenen Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M., über welchen der „Vorwärts“ in einem besonderen Leitartikel ganz eigenartige Vobersetzungen gebracht habe. Aber über die Verhandlungen des Kongresses selbst und dessen Beschlüsse, sowie seine Stellungnahme gegenüber den Lokalorganisationen genau verlorst und beobachtet habe, der komme zu ganz entgegengelegten Auffassungen als der Leitartikelsschreiber des „Vorwärts“. Die auf dem Frankfurter Kongreß gefassten Beschlüsse lassen deutlich erkennen, daß den Teilnehmern fast jeder Idealismus verloren gegangen sei. Dem anstatt die Organisationen derartig auszustatten, daß wie es die Lokalorganisationen bisher immer erreicht hätten, die große Masse der Industriellen herangezogen und zum politischen und gewerkschaftlichen Kampfe ausgebildet werde, seien die Centralorganisationen nur noch Zustützungsstellen für Unterstützungsweien. Durch eine dartige Taktik habe man sich auf der jenseitigen Ebene immer mehr den durch-Dunderischen Gewerkschaften genähert, so daß der „Vorwärts“ alle Urkräfte gehabt hätte, von einer gegenwärtigen „Garnoniedelweisel“ zu schreiben! Es sei demnach, wie die „Dunderbrüder-Wacht“ sehr richtig bemerkt habe, die Zeit nicht mehr fern, in der die Organisationen ihre ehemaligen Aufgaben gänzlich verlassen werden. Während ihrer meisten Parteimitglieder und Redactoren fast nur in der gewerkschaftlichen Bewegung gekult und aus derselben hervorgegangen seien, habe die gewerkschaftliche Organisation für sie nur noch eine ganz untergeordnete Bedeutung. Daher hätten die Centralisten den Lokalorganisationen stets alle Hindernisse bereitet und kein Mittel zu deren Belämpfung gescheit. Aber trotz alledem und der gefassten Beschlüsse auf dem Gewerkschaftskongreß würden die Lokalorganisationen verfahren bei ihrem bisherigen Bestreben: nur gesunkte und kampfbereite Offensiven zu erziehen und den Charakter der Kampforganisation aufrecht zu erhalten!

Da in der Versammlung auch eine Anzahl Anhänger der Centralorganisation anwesend waren, entspann sich, wie zu erwarten, nunmehr eine recht lebhaft und stundenlange Auseinandersetzung zwischen beiden Richtungen.

Nach einem Schlußwort Thiemers erstattete sodann der bisherige Vertrauensmann Kunisch den Kassibericht. Derselbe ergiebt mit einer Sammlung von 217 M. für die Krefelder Weber eine Gesamt-Einnahme von 1061,75 M., bei einer Ausgabe von 794,13 M., so daß ein Bestand von 267,62 M. verblieb, wovon 250 M. an die Geschäftskasse zurückgezahlt wurden. Da die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bekunden, erfolgt die beantragte Entlastung. Derauf werden Frieß als Vertrauensmann und Winkler als Revisor auf ein halbes Jahr ernannt. Lange nach Mitternacht erfolgte Schluß der inzwischen fast gelichteten Versammlung.

Im deutschen Textilarbeiter-Verband (Büchse I) sprach am 27. Mai H. Hoffmann über das Thema: Himmel und Hölle und ihre Bewohner. Sodann wurde die Abrechnung vom 1. Quartal verlesen. Diese ergab eine Einnahme von 796,27 M. und eine Ausgabe von 612,64 M. Der Rest bei der Firma R. Götsfeld u. Co. hat eine Ausgabe von 271,75 M. betragen. Die Abrechnung vom letzten Monatsabergab ergab einen Ueberschuß von 4195 M. Der Vorsitzende stellte mit, daß die Büchse zum Streik in Dresden 988,25 M. beigetragen hat.

Eine Versammlung der Kupferschneider nahm am 27. Mai den Jahresbericht des Vertrauensmannes entgegen. Danach fanden während der Amtsdauer desselben 12 öffentliche Versammlungen, 8 Vertrauensmänner-Sitzungen und 11 Sitzungen der öffentlichen Kommission

statt. Ferner wurden zwei Lohnstatistiken für Berlin und eine für die Provinz Brandenburg aufgenommen. Hierauf kamen die Differenzen bei der Firma U. G. Hermann zur Sprache. Dort hatten 7 Mann die Arbeit niedergelegt, angeblich wegen Nichtbewilligung des Minimallohnes. Es wird nun festgestellt, daß vier Mann den Minimallohn bewilligt erhalten haben und die übrigen drei einer anderen Abtheilung vor definitiver Entscheidung der Firma die Arbeit niedergelegt. Da nun in einer Vertrauensmänner-Sitzung am Tage vor der Arbeitniederlegung in der Sache Beschlüsse gefaßt wurde, dieser aber von den betreffenden Arbeitern nicht Beachtung fand, so konnte die Versammlung das Vorgehen der Ausführenden als berechtigt nicht anerkennen. Die Versammlung beschloß sodann, an den Zwangsmitgliedern das Geseh zu richten, an den Beratungen des neuen Sammungsstatuts teilzunehmen zu dürfen.

Im Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter sprach am 28. Mai der Vorsitzende Schumann über den Gewerkschaftskongreß in Frankfurt. Redner erörterte eingehend die einzelnen Punkte der Tagesordnung und sprach sich zumündend zu den Beschlüssen aus. Hierauf hielt der Direktor der Treptower Sternwarte, Herr Archenhold, einen interessanten Vortrag über Astronomie. Im Anschluß hieran wurde mitgeteilt, daß die Mitglieder sich mit ihren Frauen am 11. Juni bei Nonnenberg, Treptow, Parkstraße und Köpenicker Landstraße abends 6 1/2 Uhr, treffen, um gemeinsam die Sternwarte zu besuchen.

Die Maurer der lokalen Richtung hielten am Mittwoch eine stark besuchte öffentliche Versammlung in den Borussia-Sälen ab, in der Hr. Kater über die Leistungsfähigkeit der Vertrauensmänner-Centralisation und das unqualifizierbare Vorgehen der Verbandleiter gegenüber den lokalorganisierten Maurern referierte. Nach einer langen Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die am 31. Mai in den Borussia-Sälen tagende Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation) nimmt Kenntnis von den verkehrsmäßigen Gerüchten der Leiter des Verbandes deutscher Maurer, Filiale Berlin II, und sind die Anwesenden sehr überzeugt, daß gewissen Personen keine Mittel zu schadet sind, um unsere Bewegung zu unterdrücken resp. mit Gewalt in den Verband hineinzujuwängen. Die Anwesenden verwahren sich ganz entschieden gegen die Verdrängung des unsolidarischen Verhaltens gegenüber langjähriger Arbeitbrüder und glauben dieses am allerbesten dadurch beseitigen zu haben, daß ohne Rücksicht auf den Ort und Ansehen des Berufs der streikenden Arbeiter bis jetzt stets Unterführungen gefaßt wurden. Des weiteren werden die Maurer Berlins treu und fest zu ihrer alten Organisation stehen.“ Nachdem noch über die Verhältnisse auf mehreren Baustellen berichtet und über einige Unterstützungsanträge berichtet worden war, wurde zum Schluß bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 4. Juni eine Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend im Englischen Garten vormittags 10 Uhr stattfindet.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolierer, welche am 29. Mai tagte, sprach zunächst Dr. Volkheim über: Das Arbeitsmaterial der Möbelpolierer und dessen schädliche Wirkungen. In der Diskussion gab Schulz bekannt, daß die ärztliche Untersuchung von Herrn Dr. Becker, Kniebeckstr. 71, vorgekommen wird und haben die hierzu aufgeforderten Kollegen pünktlich zu erscheinen. Bezüglich der Ansperrung vom 1. Mai teilte Redner mit, daß 39 Werkstellen mit 312 Kollegen, welche eine Ausgabe von über 4000 M. verursachten, zu verzeichnen waren. Antrag Schulz, eine Extrastener von 20 Pf. zu erheben, wurde zu Gunsten eines Antrags, welcher eine Erhöhung des Beitrags von 20 Pf. auf 30 Pf. mit Einschluß der Sperrungsstelle verlangt, zurückgezogen; letzterer Antrag wurde nach länger Debatte angenommen, desgleichen der Antrag des Vorstandes, für Monat Mai die Extrastener von 20 Pf. beizubehalten. Es mußte bis zur 21. Woche 40 und von der 22. Woche 30 Pf. Beitrag geleistet werden. Antrag Riese, den Stodarbeitern 75 M. zu überweisen, wurde angenommen; Antrag Riese, Lösung des Verhältnisses zur Gewerkschaftskommission, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Bezüglich der obligatorischen Einführung der „Einigkeit“ waren von 378 eingelassenen Fragebogen 1/3 für dieselbe. Mit dem Beschlusse auf Aufhebung der Sperte der durch Streikbrecher besetzten Werkstelle von Müller, Krautstraße, wurde die Versammlung nach einigen anderen unwesentlichen Angelegenheiten geschlossen.

Die Vergolder und verwandten Berufsgenossen tagten am Donnerstag in den Armirhallen. Nachdem der bisherige Gewerkschaftsdelegierte Schorre einen eingehenden Bericht über seine Thätigkeit gegeben hatte, wurde er mit Einstimmigkeit wiedergewählt. Die durch die Anstellung eines zweiten Beamten im Gewerkschaftsbureau auf 60 M. erhöhte Beistener zu den Kosten des Bureau wurde ebenfalls einstimmig bewilligt. Aus der folgenden Diskussion über den Streik der Grundrieger bei der Firma E. Probst ergab sich, daß in der Fabrik eine Kontrolluhr aufgestellt worden war, deren Bedienung 17 Grundrieger ablehnten. Da der Unternehmer nicht von der Durchführung der Kenerung absahen wollte, verließen sie die Arbeit. Nach einem Briefe des Herrn Probst sind ihre Klagen sämtlich wieder beseitigt, auch stellen die anderen Unternehmer keine Streikenden ein. Doch geben die Vergolder die Hoffnung nicht auf, ihre Sache durchzuführen, da die eingestellten Kräfte nur schwache Arbeiter sein sollen. Ein einstimmiger Beschluß der Versammelten sagte ihnen ausreichende Unterstüttung zu und verhängte die Sperte über die Fabrik von E. Probst.

Eine öffentliche Versammlung der Bäcker Nixdorfs fand am Dienstag im Apollo-Saal statt. Das Referat hatte Kollege Höpfer aus Berlin übernommen. Trotz der wichtigen Tagesordnung war die Versammlung leider nur schwach besucht und wurden daher nur die wichtigsten Punkte verhandelt. Zum Schluß entstand noch eine Debatte über Zwangsmitgliedern und die Stellungnahme der Gesellschaft hierzu.

Charlottenburg. Die hiesige Zahlstelle des Verbandes der Maurer hatte am 28. Mai eine Versammlung anberaumt, in der Stadtv. Wagner über den kommunalen Arbeitsnachweis sprach. Sodann gab Vernier den Bericht über die Thätigkeit des Gewerbegerichts im Jahre 1898/99. Die übrigen Verhandlungen betrafen interne Angelegenheiten.

Charlottenburg. Hier tagte am 29. Mai eine Versammlung zu der besonders die Arbeiter der chemischen Fabrik (vorm. Schering) eingeladen waren. Der Einladung hatte man zahlreich entsprochen und wurde die Kritik, die der Referent G. J. Faber an den Zuständen in der Fabrik übte, sehr zustimmend aufgenommen. Von den in der Versammlung erschienenen Meistern nahm niemand das Wort.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 4. d. M., vormittags 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, Versammlung „Freireligiöse Versammlung“. Um 11 Uhr vormittags ebenfalls Vortrag des Fräulein Ida Klammann: „Gottge — Heide oder Christ?“ Gäste willkommen.

Gummitzische Gemeinde. Dienstag 10/11, im oberen Saal des Damenbades, hält am Sonntag, den 4. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rud. Penzig den 4. Teil des Themas: „Unter Thun und Vasser. Was wir können.“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

Socialdemokratischer Agitationsverein für Stralund-Franzburg-Nügen. Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Witzschel, Jüdenstraße 35/36; Sitzung.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nixdorf. Freitag, den 4. Juni, nachm. 1 Uhr: Vereinsversammlung in den Victoria-Sälen, Hermannstr. (N. Saal). Vortrag: „Entwicklung des Buchdrucks“ Referent Kollege Datz.

